

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1.10 Mark, halbjährlich 2.10 Mark, jährlich 4.00 Mark. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagsnummern mit Wochensonderbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7876. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jeder Zeile 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphische Adressen:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 15. November 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Befiegte Sieger.

Die Zollmehrheit hat die namentlichen Abstimmungen in der alten Form begraben und an Stelle des Lebendigen, sofort kontrollierbaren Wertes die amtliche Visitenkarte gesetzt. Sie hat den neuen Abstimmungsmodus auch bereits erprobt und den Triumph erlebt, daß mit seiner Hilfe im Durchschnitt eine Viertelstunde Zeit gewonnen wird. Sie hat scheinbar die Opposition aus ihrer Verschanzung vertrieben, tatsächlich ihr aber nur neue und wirksamere Waffen in die Hände geliefert.

Herr v. Lieder mann, der alte Helfershelfer Bismarckscher Brutalität, der geheimräthliche frühere Stiefelputzer der Kaiserstiefel des Nationalheros, war als der Würdigste erlesen worden, den durch gewaltsamen Bruch der Geschäftsordnung erzwungenen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über Verbesserungsanträge zur lex Kischbichler zu begründen. Er that es mit zahlloser Mühe und drohte dabei, die Geschäftsordnung noch ganz anders und viel gründlicher als bisher zu revidieren, um die „Obstruktion“ manufakt zu machen. Genosse Südekum wies den Scharfmacher energisch zurück. Er erinnerte die Mehrheit an ihre Obstruktionskünste, als es sich für sie darum handelte, die Preisfreiheit der gräflichen Höfen auf bäuerlichen Wiesen zu erhalten. Die Angstmeierei der Nationalliberalen, daß die Verteidigung der Geschäftsordnung durch die Socialdemokraten die Grundlagen des Parlamentarismus erschütterte, lehnte er ab: Herr v. Lieder mann und Konforten hatten das allgemeine Wahlrecht nicht erst seit gestern. Im der Majorität ihre eigene Unlogik zu Gemüte zu führen, brachte unser Redner den formellen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Kischbichler ein. Aber darauf ließ sich der Präsident nicht ein. Er bezeichnete diesen Antrag als geschäftsordnungswidrig, und die Mehrheit des Hauses, an das Südekum appellierte, stellte sich auf die Seite des Präsidenten. So wurde nur über den Vorwärtigen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über amte Amendements namentlich abgestimmt und dieser Uebergang mit 104 gegen 76 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen beschlossen.

Hieran schloß sich die letzte namentliche Abstimmung in der alten Form über den Antrag Kischbichler selbst. Die Wendung des Verfahrens bei namentlichen Abstimmungen wurde mit 107 gegen 78 Stimmen zum Beschluß erhoben. Der letzte Abgeordnete, der in der alten Form abstimmte, war unser Genosse Wurm. Die Abstimmung hatte mit dem Ausschluß 3 begonnen; da die erste Abstimmung seit Wiederzusammentritt des Reichstages mit dem Ausschluß 2 begonnen hat und das Alphabet zweimal durchgenommen worden ist, so ergibt sich, daß in einem Monat 49 namentliche Abstimmungen stattgefunden haben.

Die Herren der Mehrheit waren darauf gerüstet, sofort die neue Abstimmungsform zu erproben. War die Beratung des Zolltarifs doch gerade vor den Abstimmungen über den § 9, dem Paragraphen der Transaktions- und Einfuhrgebühren stehen geblieben. Erst aber bekam die Mehrheit die Mute zu losen, die sie sich selbst gebunden hat. Infolge eines der gefirnishten Gewaltstreiche der Mehrheit ist es ja möglich, zwischen dem Schluß der Debatte und der Abstimmung immer noch einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung mit einer Begründung und einer Entgegnungsbrede einzuschleichen. Herr Pörmel von der freisinnigen Vereinigung benutzte diese Möglichkeit. Unbekümmert um den wüsten Lärm der Redner, er den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über den § 9 gestellten Änderungsanträge der Bündler und des Abg. Herold und hielt bei dieser Gelegenheit die Rede gegen den § 9, die ihm die Mehrheit vorgestern durch ihren Schlußantrag abgehandelt hatte. In der Erwiderung des Herrn Spahn kam der Kerger über diese von der Mehrheit selbst entdeckte Debatteverlängerung zum Ausdruck.

Bei der Abstimmung über den Vorwärtigen Antrag wurde die neue Methode zum erstenmal angesetzt. Unser Bericht giebt ein anschauliches Bild der Vorgänge, die sich dabei und bei den folgenden zwei Abstimmungen über unseren Eventual- und Prinzipal Antrag zu § 9 abspielten. Wie es heißt, soll der Präsident Graf Ballestrem am Vormittag eine Art Generalprobe mit den Ministern, die als Umenträger verwendet werden, abgehalten haben. Nach dieser Seite hin klappte auch alles. Anders ging es mit den Schriftführern. Hier war der Rechten Herr Hermes, der aus unsern Reihen die Stimmzettel einzusammeln hatte, viel zu langsam, und noch ärgerlicher war sie darüber, daß unsere Abgeordneten bei der Stimmabgabe nicht dieselbe Geschwindigkeit bewiesen wie sie selbst, die ja zeigen wollte, wie schnell jetzt die Abstimmung vor sich gehen könne. Volle Anerkennung bei seinen Parteifreunden fand dagegen der neuernannte Schriftführer Herr Gimburg. Es hatte sich zwar bei den beiden Abstimmungen nach dem alten Verfahren herausgestellt, daß der Herr ein sehr ungewandter Rechner war. Er brauchte eine außerordentlich lange Zeit, um die Abstimmungsziffern zusammenzufassen. Für ihn bedeutete die neue Art eine wahre Erlösung, denn auf seine Weise kann er sich offenbar verlassen. Dabei trieb er seinen Eifer, der erste zu werden, soweit, daß er gegen die Bestimmungen der Geschäftsordnung seinen Parteifreunden erlaubte, die Zettel selber in die Urne zu werfen, wobei sogar mehrfach Abgeordnete für mehrere ihrer Nachbarn zugleich die Zettel abgaben. Damit hört natürlich die geringe Kontrolle auf, die der Antrag Kischbichler überhaupt noch ermöglicht. Unsere Genossen ließen sich diese Eigenmächtigkeit des neuen Schriftführers natürlich nicht gefallen und es kam darüber zu sehr erregten Szenen, die den Präsidenten Ballestrem die Nahe verlieren ließen.

Die gelassenen hölzernen Urnen, die, sobald der Antrag Kischbichler angenommen war, mit zauderloser Schnelligkeit auf dem Tisch des

Hauses erschienen, stammen aus den Fraktionszimmern. Sie ähneln einem hohen Weidbierglafe. Die Abstimmungsarten sind mäßig starke Blättchen in der Größe einer Visitenkarte und enthalten den Namen und die Platznummer des Abgeordneten, sowie die drei Möglichkeiten der Abstimmung.

Das Ergebnis aller dieser Abstimmungen war, daß § 9 in der von Herold modifizierten Kommissionsfassung unänderlich angenommen wurde. Auch § 10 wurde noch erledigt. In ihm handelt es sich um die Zollkredite, die für Getreide besichtigt sind, und die neu eingeführte Verzinsung der Kredite. An der Debatte nahm Genosse Haase teil, der den Nachweis führte, daß die Neuordnung der Zollkredite nur dem Großhandel zu gute käme. Schließlich wurde auch hier die Kommissionsfassung in namentlicher Abstimmung mit 183 gegen 61 Stimmen angenommen. Der Präsident bestimmte nun die nächste Sitzung auf Sonnabend an und stellte Petitionen auf die Tagesordnung. Er drückte damit aus, daß er auf ein beschlußfähiges Haus nicht mehr rechnet. Auch Montag, Dienstag und Mittwoch soll die Sitzung ausfallen, so daß der Zolltarif erst wieder am Donnerstag auf die Tagesordnung käme.

Recht und Gewalt.

Der Zollkampf ruht nun auf einigen Tagen. Die Parteien des Zollwärters und der parlamentarischen Vergewaltigung, die alle ihre Schmähschleifen mit dem Vorwand decken, daß die Opposition die Zeit des Reichstages mißbrauche durch lange Reden und namentliche Abstimmungen, diese selben Parteien sind bereit, drei ganze Sitzungstage der Beratung des Zolltarifs zu stellen. Am Sonnabend sollen Petitionen beraten werden, was an sich sehr loblich wäre, was aber die Mehrheitsparteien nur gewähren, weil die meisten ihrer Mitglieder die Absicht haben, Berlin zu verlassen, so daß der Reichstag beschlußunfähig wird; für den beschlußfähigen Reichstag sollen die Petitionen gerade gut genug sein. Und Montag und Dienstag sollen die Sitzungen gänzlich ausfallen, erst Donnerstag soll, da Mittwoch Feiertag ist, die Zollberatung fortgesetzt werden. Dann, nachdem man sich wiederum tagelang der Arbeit entzogen, wird man sicherlich bei erster Gelegenheit neu enttäuscht, sobald die Opposition Raum zur Begründung ihrer abweisenden Ueberzeugung beansprucht. Man läßt ganze Sitzungen verfallen gehen und dann fordert man gewaltsamen Bruch der Geschäftsordnung, weil — die Opposition die Zeit der Mehrheitsparteien allzusehr in Anspruch nehme!

Dieser Vorgang ist ein erneutes Beispiel der sommerlichen Lügenhaftigkeit, in der die Zollwärtersparteien allenthalben gegen die Minderheit auftreten.

Das Verbrechen der Verletzung der Geschäftsordnung, das man in diesen Tagen beging, wird heuchlerisch entschuldigt durch den „Terrorismus der Obstruktion“, durch die „unerschütterlichen Anschuldigungen“ der Socialdemokratie. Aber von Anfang an der Verhandlung über die Zollvorlage bis auf den heutigen Tag waren es gerade diejenigen, die über Obstruktion schreien, durch deren Verhalten die Zollvorlage Monat um Monat verschleppt wurde. Die Mehrheitsparteien haben einen beharrlichen Kampf gegen die Regierungsvorlage geführt, sie haben in der Kommission untereinander über jeden Artikel an der Zollvorlage mit hartnäckiger Erbitterung und unter großem Zeitverlust gestritten, sie leisten noch heute Widerstand gegen die Regierungsvorlage, der nichts anderes als „Obstruktion“ ist, wenn der Widerstand der Zollgegner „Obstruktion“ ist. Dieselben Mehrheitsparteien, welche die Vorlage um fast Jahresfrist verschleppten, ehe sie aus der ersten Lesung in die zweite gelangte, haben jetzt, da sie beschränkt, nur vielleicht zur Durchführung ihrer Pläne nicht mehr genügende Zeit zu haben, da aber die Opposition eine sachliche und gründliche Beratung in der zweiten Lesung verlangt, wie es ihr Recht und ihre Pflicht ist, den wilden Terrorismus gegen ihre Widersacher verliert. Erst als man wiederholt ihren Rednern das Wort verweigerte, als man bei § 5 des Tarifgesetzes die verschiedenen Positionen in eine unzulässige Diskussion zusammenpreßte, ging die Opposition zur Anwendung zahlreicher namentlicher Abstimmungen vor. Und weil die Opposition sich gegen die Vergewaltigungen der Zollparteien zur Wehr setzte, weil sie sich nicht widerstandslos an der Erfüllung ihrer parlamentarischen Aufgaben hindern ließ, unternahm man die Zertrümmerung der Geschäftsordnung.

Diese Thathaben des Zollkampfes, deren eingehendere Darstellung nicht ausbleiben wird, stehen fest und können nicht durch unwahres Entschuldigungsgeklammer beseitigt werden. Alle diese Thathaben beweisen, daß in diesen Kämpfen gegen den Bucherlarif das Recht und die Wahrheit nur auf der Seite derer ist, die durch die Mehrheitsparteien vergewaltigt werden.

Noch ein nicht unbeträchtlicher Nachweis für diese Thathaben sei hier erwähnt. Auch gegen die Änderungsanträge, welche die socialdemokratische Fraktion zum Antrag der Mehrheit auf Aenderung des Verfahrens der namentlichen Abstimmungen stellte, wurde in den Blättern der Zollparteien während des Schlußes erhoben, und es wurden diese Anträge wiederum ausgedeutet für die sabelte Vergewaltigung der Geschäftsordnung durch den Beschluß, auch über Änderungsanträge und sogar nach Schluß einer Diskussion zur Tagesordnung überzugeben. Als aber der Präsident des Reichstages das neue Abstimmungsverfahren zur Anwendung brachte, da ergab sich die interessante Thatfache, daß er die lex Kischbichler überhaupt nicht brauchbar zu machen vermochte, ohne ihren Wortlaut zu mißachten und das Verfahren in der Art anzuordnen, wie es in den socialdemokratischen Anträgen vorgeschlagen war.

Neue Verhandlungsversuche.

Während die Minderheit im Reichstage durch die sinnlos wüthende Mehrheit brutalisiert wird, sind inzwischen die Verhandlungen hinter den Coulissen wieder stark im Gange. Graf Bülow war am Freitag im Reichstage anwesend und hatte lange Konferenzen mit dem Präsidenten und mit den Führern der Mehrheitsparteien. Besonders aber scheint man bei der Verständigung auf die verführende Kraft der Dinero zu rechnen. Der Reichstanzler gab in diesen Tagen nacheinander den großen Fraktionen Bescheiden und der Reichstagspräsident wandelt in denselben Bahnen. Vielleicht verständigt man sich zwischen Birne und Nüße am leichtesten über die streitigen 50 Pf.

Eine Parlamentskorrespondenz meldet zu der Verständigungsaktion: „Die Abgeordneten der Mehrheitsparteien haben dem Reichstanzler zu verstehen gegeben, daß die Aufrechterhaltung der Mindestzölle die conditio sine qua non (Bedingung, ohne die es nicht gehen bleibe) ist. Andere Vorschläge, die Geldalterslage des Hauses durch Annahme des Reichstagsbeschlusses bear. Distanz usw. zu verbessern, soll Graf Bülow wenig Willfährigkeit entgegengebracht haben. Die streife, welche um jeden Preis den Tarif retten wollen, verziehen trotz der bisherigen Beschlüsse, den verfahrenen Staatswagen auf ein andres Geleise zu schieben.“

Noch eine andre Verhandlungs-Mitteilung bringt die „Presse“. „Im Reichstage wurde am Freitag zunächst mit aller Bestimmtheit verkündet, die Verständigung sei eine Thatfache, und zwar sei sie auf Grund der Erhöhung des Minimalzolls für Gerste um 50 Pf. über den Tarifentwurf hinaus erzielt worden. Im Zusammenhang damit laudete wieder das Projekt auf, nach dem Abschluß der zweiten Beratung des Tarifgesetzes sofort die dritte vorzunehmen, um baldigt durch endgültige Festlegung des § 1 desselben die „Verständigung“ zu konstatieren. In vorgerückter Stunde der Reichstagsitzung am Freitag wurde die Angabe in Zweifel gezogen, daß eine Verständigung schon zu stande gekommen sei.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. November.

Die Verhinderung der Fleischeinfuhr.

Das „Offenbacher Abendblatt“ ist in der Lage, den Entwurf des Bundesrats über die Fleischeinfuhr-Zollordnung zu veröffentlichen. Die uns ein Privattelegramm aus Offenbach meldet, schreiben die Paragraphen 13 bis 18 ein unständliches und zersetzendes Verfahren vor, das für die Importeure kostspielig und schmerzhaft ist.

In der vertraulichen Begründung wird gesagt: der Mehraufwand für die erhöhte Zahl der Beamten werde gedeckt durch die Einnahmen aus den Gebühren.

Nachdem die Einfuhr von Fleisch schon gesetzlich aufs äußerste beschränkt worden ist, wird jetzt durch eine allseitige Fleischeinfuhr-Ordnung und teure Gebühren auch die erlaubte Einfuhr unterbunden. Die Agrarier jammern über die verhältnismäßig niedrigen Gebühren in den städtischen Schlachthöfen und haben für Preußen eine nochmalige Untersuchung verhindert. An der Grenze hingegen werden so hohe Gebühren verlangt, daß die Behälter der durch die peinigende Untersuchung benötigten Beamten gedeckt werden.

Das ist eine weitere indirekte Besteuerung, ein verschärfter Fleischsteuer. Die neue Verordnung ist so gut wie ein Einfuhrverbot für Fleisch.

Dabei sind die sogenannten sanitären Rücksichten eitel Schwindel. Es giebt belamlich gesundes und krankes Vieh. Gesund ist das nationale Vieh, krank das ausländische Vieh, das zwar den Ausländern wechlich bekommt, aber für die nationalen Rogen Gift ist. Einer Zuschrift von der deutsch-holländischen Grenze aber entnehmen wir die erstaunliche, den ganzen Sanitätschwandel entlarvende Thatfache, daß es doch auch noch anständer deutscher Anschaffung gefundes fremdes Vieh giebt: Wollig gesund wird nämlich das ausländische Vieh dadurch, daß es — gefäsmuggelt wird.

Seit der Grenzperre werden an der deutsch-holländischen Grenze mit Genehmigung der Regierung in Düsseldorf alle den Schmugglern abgenommenen Röhre — und das ist eine erhebliche Zahl — in den Grenzorten eingekauft und meistbietend verkauft. Wäre Holland verschont, so wäre es doch geradezu nutzlos, das deutsche Vieh durch Berührung mit den holländischen Tieren ohne jede Kontrolle gesundheitslich zu gefährden, es wäre ein Attentat auf die Volksgesundheit, Vieh, dessen Gesundheit nur durch die Thatfache des Schmuggels verbürgt ist, amtlich zu verkaufen. Man sieht: Die Grenze wird gesichert gegen Vieh, auch wenn man eine noch so peinigende Untersuchung fordert; es darf aber munter herein, wenn es — gefäsmuggelt wird. Dann nimmt der Fiskus schmuntzelnd das erste Geld, ohne daß man sich irgendwie vor den sanitären Gefahren fürchtet und ohne daß bisher die kleinste Seuche im Inland deshalb ausgebrochen wäre?

Was denkt Herr v. Podbielski über den Kasus? —

Die Verhandlungen über das Kartellwesen.

Die von der Reichsregierung geplant werden, bildeten am Freitag den Gegenstand einer Vorbesprechung. Zu dieser Vorbesprechung waren 19 Vertreter der Geschäftswelt, 4 Professoren und 8 Mitglieder des Reichstages eingeladen. Bis auf wenige Herren, die durch Krankheit abgehalten wurden, waren sämtliche Eingeladene erschienen. Außerdem nahmen der Staatssekretär des Reichsamt des Innern sowie Vertreter der Reichsämter an der Vorbesprechung teil.

Zur Einleitung gab Graf Bofadowsky eine Rede über die Pläne, welche vorläufig festgesetzt sind, und hob hervor, daß es nicht

möglich sei, die Untersuchung auf alle Kartelle auszudehnen, sondern das es darauf ankomme, besonders typische Fälle herauszugreifen.

Nach den vorläufigen Feststellungen muß eine große Anzahl der Kartelle aus der Montan- und Eisenindustrie untersucht werden.

Aber auch die chemische Industrie, die Papier-Industrie, die landwirtschaftlichen Gewerbe und Gemischtwarenindustrie, sowie die Industrie der Steine und Erden und die Glasindustrie sollen berücksichtigt werden.

Bei der Diskussion über den Umfang der Erhebungen wurde allseitig anerkannt, daß eine Beschränkung nötig sei, jedoch wurden noch die verschiedensten Vereinigungen als untersuchungswürdig bezeichnet und man ging sogar soweit, schließlich ganz keine lokale Vereinigungen, ja selbst Innungen, die Preisvereinigungen getroffen haben, für die Untersuchung in Vorschlag zu bringen. Von anderer Seite wurde vorgeschlagen, die Untersuchung auf die wichtigsten auswärtigen Kartelle, wie den Petroleum- und Schiffahrtskartell auszudehnen.

In Bezug auf die ausländischen Kartelle teilte der Staatssekretär mit, daß das Material, was die Enquete in Amerika ergeben haben, der Kommission zugänglich gemacht werden solle.

Die Untersuchung soll Klarstellen: die Zahl der Mitglieder der Kartelle; die Zahl der in den kartellierten Betrieben beschäftigten Arbeiter; auf welche in den Betrieben hergestellten Erzeugnisse die Bestimmungen des Kartellvertrages sich erstrecken; wie groß die Menge und der Wert der Erzeugnisse im Jahresdurchschnitt ist; aus welchen Gründen das Kartell errichtet ist; der Zweck des Kartells; die Organisation des Kartells; mit welchen Mitteln und mit welchem Erfolge die Hebung und Regelung des Absatzes im Inland und nach dem Ausland versucht worden ist; welche Preise das Kartell auf dem inländischen und Auslandspreise maßgebend waren; ob das Kartell einen Einfluß auf die von ihm abhängigen Industrien und Handelskreise, insbesondere durch die Festsetzung von Verkaufsbedingungen ausgeübt hat; mit welchem Erfolge das Kartell eine Einwirkung auf die Preisgestaltung der zur Herstellung der spezifizierten Erzeugnisse benötigten Rohstoffe und Halbfabrikate ausgeübt hat; ob das Kartell auf die Arbeiter- und Lohnverhältnisse der spezifizierten und der weiter verarbeiteten Betriebe Einfluß gehabt hat.

In der Debatte wurde angeregt, zu untersuchen, inwieweit die Kartelle eine größere Konzentration in der Produktion herbeigeführt haben; ferner welche Einwirkung die Regelung der Produktion durch Betriebseinschränkung auf die Arbeitslosigkeit der Arbeiter hat und ob man bei Produktionsbeschränkungen auch mit dem Mittel der Hervorrufung von Streiks und Arbeiterausschlüssen rechnen kann.

Seitens des Staatssekretärs wurde hervorgehoben, daß ganz besonderes Gewicht darauf gelegt werde, die Wirkungen der Kartelle auf die Arbeiterverhältnisse klarzulegen.

Ueber die Methode der Erhebungen wurde vorgeschlagen, daß man dem englischen und amerikanischen Beispiel folgen möge und die Verhandlungen öffentlich führen, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß auf Wunsch der Auskunftspersonen bei Teilen der Vernehmungen die Öffentlichkeit auszuschließen sei. Dieses habe namentlich dann zu geschehen, wenn nach Dingen gefragt werde, die Geschäftsgeheimnisse sind, oder wenn die Auskunftsperson aus dem Bekanntwerden seiner Aussage Nachteile befürchte. In Hinsicht der Öffentlichkeit wurde besonders hervorgehoben, daß durch das Bekanntwerden der Aussagen sich Personen melden können, die falsche Aussagen berichten und Lügen ausfüllen. Ferner müsse ein Gesetz gemacht werden, daß die Kommission das Recht erhält, Auskunftspersonen zu vereidigen und sie dann zur Aussage der vollen Wahrheit zu zwingen. Bei der Vörsenquote sei es peinlich empfunden, daß eine Reihe von Fragen nicht klargestellt werden konnte, weil die Auskunftspersonen, die genau unterrichtet waren, nicht mit der Sprache herausrückten. Die Aussage unter Eid sei um so mehr geboten, weil hier auch Arbeiter verhört werden würden, die aus Furcht vor Nachteilen nur dann mit der Sprache herausrücken werden, wenn sie durch Eid gebunden sind.

Gegen die eildige Vernehmung wurde von Vertretern des Geschäftslebens hervorgehoben, daß dann sich die Kartelle in Aktien-Gesellschaften oder in Gesellschaften mit beschränkter Haftung umwandeln würden und dann nicht zur Untersuchung herangezogen werden könnten. Der Herr über sah offenbar, daß nicht die Kartelle, sondern Personen geladen werden, die über die Geschäfte dieser Gesellschaften etwas wissen.

Von einem Reichstags-Mitgliede wurde darauf hingewiesen, daß die Zivilprozessordnung hier weiten Spielraum zur Zeugnisverweigerung giebt und ein hierzu nötiges Gesetz jahrelanger Vorbereitung bedürfe. Er wurde aber belehrt, daß die Enquete kein Zivilprozess sei, und daß ein hierzu nötiges Gesetz sehr wohl bis Februar fertig gestellt werden könnte.

Für die Verichterstattung wurde empfohlen, den Weg zu wählen, der bei der Kommission zur Vorbereitung des Bürgerlichen Gesetzbuchs üblich gewesen sei, indem die Protokollführer kurze Berichte für die Presse geliefert hätten. Allerdings müßten die Verhandlungen auch stenographiert werden. Die Stenogramme, welche später erscheinen, müssen auch an solche Leute abgegeben werden, die sie haben wollen.

Ueber diese Vorbesprechung wird ein ausführlicher Bericht angefertigt und im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht.

Deutsches Reich.

Dem bayerischen Centrum.

Die „Münchener Post“ schreibt: Herr Reichbichler, der noch ungeduldet Hopfenbaron, hat es vorgezogen, den Triumph der Verhandlungen „seines“ Antrages nicht mitzuerleben. Er hat einen vierzehntägigen Urlaub genommen, so sehr die Wichtigkeit seiner bedarf. Wenn ein so feinsinniger Mann sich heurlauten läßt, warum sollen die wirklich nothleidenden Köpfer im Reichstage sich plagen? Herr Reichbichler ist nämlich schwer reich. Die Jahresrenten seines Vermögens an den Vordemgenannten Millionen machen allein mehr aus wie das Einkommen eines mittleren Beamten.

Inzwischen, Herr Reichbichler denkt wohl, er sei nach der Säcularleistung seines Antrages der edlen Ruhe wert.

Und in der That, das ist er. Er hat genug für seine Partei gethan. Er hat sie gründlich demoralisiert und dafür gesorgt, daß sie auf absehbare Zeit der Wehrheit im Landtage entzogen sein wird.

Noch etwas vom Reichbichler. Was für ein großer Herr der jetzt berühmte gewordene Abgeordnete Reichbichler in seinem Heimatland ist, läßt folgende Lehren. Die von München nach Nürnberg fahrenden Schnell- und Eilzüge halten zum erstenmal in Pfaffenhofen, einem Landsäßchen mit Bezirksamt, Amtsgericht, Rentamt u. Die nächste Haltestelle wird schon nach einer Fahrt von nur zehn Minuten erreicht und heißt Wolzsch. Wer in der bayerischen Geographie Bescheid weiß, dem ist bekannt, daß Wolzsch nur ein einfacher Markt ist, der nicht einmal ein Amtsgericht aufweist. Da nun die Schnell- und Eilzüge in Bayern gewöhnlich nur an Städten halten, so muß bei Wolzsch ein besonderer Grund vorliegen. Und dieser ist auch vorhanden: Hier wohnt oder besser gesagt thront der Herr Abgeordnete Reichbichler, sofern er nicht in

Berlin oder in München für das „Volkswohl“ sorgt. Die Haltestelle in Wolzsch für Eil- und Schnellzüge ist auch so eine kleine Illustration für die jactanten Beziehungen gewisser bayerischer Minister zur Centrumspartei.

Den Gegnern der Fleischnot! Aus Gotha wird berichtet: Die im gesamten Reichsgebiet über die Frage der Fleischnot und der Fleischpreise vorgenommenen amtlichen Erhebungen zeigen für das Herzogtum Gotha bemerkenswerte Ergebnisse. Während der letzten 24 Jahre ist eine allmähliche, aber stetige Steigerung der Fleischpreise erfolgt. Der Fleischverbrauch ist infolge der im allgemeinen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre den Vorjahren gegenüber zurückgegangen. Seitens des Ministeriums finden zur weiteren Aufklärung der Verhältnisse noch fortgesetzte Vernehmungen gewerblicher und landwirtschaftlicher Sachverständiger statt.

Die Landtagswahl in Anhalt hat, so wie wir geschrieben, unsere Genossen große Erfolge gebracht, trotzdem das Wahlrecht im Jahre 1895 eigens gegen sie verfechtet wurde. In drei Wahlkreisen ist ihnen je ein Mandat zugefallen und in einem landlichen Kreis steht ihre Wahlmännerzahl 38 zu 38 der Gegner. Das Wahlrecht hat in den Städten jeder 25jährige Anhaltler, der 1050 M. Einkommen oder ein Haus besitzt, auf dem Lande, wo 600 M. Einkommen bezieht oder ein Haus hat. Angesichts der sehr mäßigen Lohnverhältnisse sind infolge dessen die meisten Arbeiter vom Wahlrecht ausgeschlossen. Trotzdem gelang es den Parteigenossen in Köthen 30 Wahlmänner von 52 zu erobern und denen von Riesa-Biederstein 22 von 42.

In Dessau schlossen die Parteigenossen ein Bündnis mit den „entschiedenen Liberalen“ dahin, daß diesen im Fall des Sieges zwei und ihnen ein Mandat zufalle. Bisher hatten die erstere ein Mandat. Bei der Wahlmännerwahl am Mittwoch gewannen unsere Parteigenossen 43, die Liberalen 26 und die „Nationalen“ 58 Wahlmänner. In mehreren anderen Kreisen werden unsere Wahlmänner, „entschiedenen Liberalen“ zum Siege verhelfen, so daß das bisher fast ganz ungestört gebliebene Agraridyll dieses Landtages nunmehr für alle Zeiten verjüngt werden wird. Von besonderer Bedeutung sind unsere Erfolge auf dem Lande, die auch für die Reichstagswahl sehr ermutigende Ansichten bieten.

Eine wichtige Darstellung der Dessauer Stadtverordnetenwahl, die wir vorgestern brachten, sei hier gleich mit berichtet. Ein Kompromiß mit den Liberalen hat es dabei gar nicht gegeben. Mehrere traten drei Gruppen auf: Bürgervereiner, die erklärten, keinen Socialdemokraten wählen zu wollen, Hausbesitzer-Vereiner, die sagten, die politische Parteistellung der Kandidaten kümmere sie gar nicht, und sich in ihrer Vereinsverpflichtung von parteiunabhängigen Hausbesitzern dazu bringen ließen, von unsen beiden Kandidaten wenigstens einen, als ihrer Meinung nach qualifiziert, durch Abstimmung in ihrem Verein auf ihre Liste nahmen. Unsere Parteigenossen entschlossen sich nunmehr, die sozialistischeren Bürgervereiner dadurch sämtlich zum Durchfall zu bringen, daß sie für die ihnen auch durch die Personen der Kandidaten besonders genehme Hausbesitzervereiner-Liste stimmten, was ihnen denn auch gelungen ist.

Ueber einen neuen Polizei-Gesetz berichtet die „Badische Presse“: Ein Karlsruher Bürger, der wegen Nichtbezahlung einer Strafe von einer Carl, die in Haft saß, umgewandelt wurde, verhaftet werden sollte, bei der Vornahme der Verhaftung von vier Schuheuten mißhandelt und gefesselt. Die herbeieilenden Kinder wurden durch Stöße und Säbelhiebe verletzt. Mit zerfissenen Kleidern und gefesselt wurde der Mann im Gefängnis abgeliefert, jedoch nach Erlegung der Strafe von einer Carl wieder in Freiheit gesetzt.

Die heftigen Landtagswahlen haben nun ihren Abschluß gefunden, nachdem am Donnerstag die Wahl für Offenbach-Land stattgefunden und mit dem Siege des Genossen Dr. v. Offenbach geendet hatte. Die socialdemokratischen Wahlmänner waren wieder vollständig zur Stelle und gaben in einer Wahl von 32 Mann einstimmig ihre Stimme dem nun an 30 Jahre für unsere Sache unermüdetlich im Kreise thätigen Genossen Dr. Die Centrumswahlmänner hatten es vorgezogen, nicht zu erscheinen, sie hielt wohl die Scham fern, daß die verachteten Zustimmungsbefehle bei unsen Genossen aber auch gar so kläglich gescheitert waren. Socialdemokraten lassen sich eben auf solche Charakterlosigkeiten nicht ein und sind für solche Vorgehensweisen, wie sie auch bei den diesmaligen Wahlen unter den bürgerlichen Parteien vorliefen, nicht zu haben.

Der neue Landtag, dessen Eröffnung durch den Großherzog für den 24. November gemeldet wird, weist folgende Zusammensetzung auf: Nationalliberale 14 (früher 20), Centrum 7 (7), Socialdemokraten 6 (6), Freisinnige 5 (2), die übrigen 18 Mitglieder kommen wohl ziemlich alle zur sogenannten freien wirtschaftlichen Vereinigung zählen, einer Gesellschaft von Antisemiten, Bauernbündlern, Christlichsocialen usw. Die hauptsächlich durch ihre agrarischen Neigungen an einander gefesselt sind, die im übrigen aber alles andere als eine gemeinsame Interessen verfolgende Vereinigung bilden.

Es bleibt abzuwarten, ob die alte Firma die reaktionäre Gesellschaft noch zusammenhalten wird oder ob sich neue Parteigruppierungen mit andern, vielleicht aber gerade so nichtsagenden Titeln bilden werden.

Die Kommission für Kinderschutz beriet am Freitag den zurückgestellten § 19 (Besondere polizeiliche Vorkehrungen), den ein neuer Antrag Wild-Rimborn durch einen § 19a verbessert: Die zuständige Polizeibehörde kann, sofern bei der Beschäftigung eines einzelnen Kindes erhebliche Missethate zu Tage getreten sind, auf Antrag oder nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde diese Beschäftigung einschränken oder untersagen, sowie, wenn für das Kind eine Arbeitsart erteilt ist (§ 11), diese im Wege der Verfügung entziehen und die Erteilung einer neuen Arbeitsart verweigern. Der Antrag wird einstimmig angenommen; ebenso ein Antrag unserer Genossen, den § 20 wie folgt zu fassen: Inwieweit nicht durch Bundesratsbeschluss oder durch die Landesregierungen die Aufsicht anderweitig geregelt ist, finden die Bestimmungen des § 19b der Gewerbe-Ordnung Anwendung. Danach findet eine Aufsicht in jedem Falle statt, während nach der Regierungsvorlage es fraglich war, ob der Bundesrat nicht gewisse Betriebsarten von der Kontrolle ausnehmen würde. Die Dinzuziehung der Lehrer, die an die Schulaufsichtsbehörde über das Befinden der Kinder zu berichten haben, die Dinzuziehung von Frauen, Arbeitern und andern nicht als Beamten des Staates funktionierenden Personen ist dadurch ermöglicht und wird seitens der Regierung ins Auge gefaßt werden; die Durchführung der Aufsicht bleibt allerdings, wie dies ja bei der ganzen Gewerbe-Aufsicht der Fall ist, Landes Sache. Einstimmig angenommen wird auch ein Antrag Münch-Ferber, dem § 20 als Absatz 2 anzufügen: In den Privatwohnungen, in denen ausschließlich eigene Kinder beschäftigt werden, dürfen Revisionen während der Nachtzeit nur stattfinden, wenn Thatsachen vorliegen, welche den Verdacht der Nachtbeschäftigung dieser Kinder begründen. Durch diese Einschränkung des Revisionsrechts soll der Eltern durch untergeordnete Aufsichtsborgane ein Kiegel vorgegeben werden. — Im § 21 wird zu den „Zuständigen Behörden“ auf Antrag Wild die „Schulaufsichts-Behörde“ hinzugefügt. Zu den Strafbestimmungen (§§ 22-27) beantragt Wild Rimborn (4) einige Abänderungen, die teils die einmalige Uebertretung bei Beschäftigung eigener Kinder milder, die gewohnheitsmäßige energischer treffen sollen. Warm und Reichow weisen auf die Gefahr hin, daß die Praxis der Gerichte hin, die durch zu geringe Strafen für Uebertretung der Vorschriften der Arbeiterschutz-Gesetze deren Durchführung verzögern und verhindern, ja oft dadurch geradezu eine Prämie auf die Uebertretung legen. Der württembergische Ministerialdirektor Schidert stimmt diesen Abänderungen ausdrücklich zu. Oft hätten die Unternehmer durch Uebertretung der Gewerbe-Ordnung einen größeren Gewinn als die Strafe betrage, die sie im Fall einer Entdeckung zu zahlen haben. Auch der

sächliche Ministerialdirektor Fischer schließt sich dieser Ansicht an. Die Anträge Rimborn werden einstimmig angenommen. — Damit sind die Beratungen des Entwurfs in erster Lesung beendet. Da er am 10. April d. J. vom Bundesrat beschloffen, war in ihm der 1. Juli 1903 als Termin angesetzt, an dem das Gesetz in Kraft treten soll. Da eine Anzahl Ausführungsbestimmungen erforderlich sind, muß dieser Termin auf später verlegt werden. Der Antrag Warm, den 1. Oktober 1903 als solchen festzusetzen, wird angenommen. — In der nächsten Sitzung, am 25. November, beginnt die zweite Lesung in der Kommission. — Es ist Aussicht vorhanden, daß der Entwurf noch vor der Etatsberatung, im Januar nächsten Jahres, vor das Plenum kommt.

Deutsche Boerenfreundschaft. Dem „Standard“ zufolge soll die deutsche Regierung dem Gouverneur der deutschen Kolonien in Südafrika Orden gegeben haben, sich der Ansiedlung der Boeren in deutschen Besitzungen zu widersetzen. Die deutsche Regierung betrachte die Boeren als sehr gefährliche Elemente, durch die in der Zukunft ernste Schwierigkeiten entstehen könnten. Der „Daily Telegraph“ behauptet zu wissen, daß in einem Fall das Gesetz von 30 Boeren-Familien, sich in Deutsch-Südwest-Afrika niederzulassen, abgelehnt worden sei. — Man wird diese aus englischen Quellen kommenden Nachrichten zwar mit einiger Vorsicht aufnehmen müssen, sehr unwahrscheinlich hingegen sie jedoch nach dem bisherigen Verhalten der nach Deutsch-Südwest-Afrika übergesiedelten Boeren und der ganzen Haltung des offiziellen Deutschlands gegenüber den Boeren zu urteilen, durchaus nicht.

Cesireich-Ungarn.

Kampfsitz im Reichsrat.

Am Donnerstag sind im Reichsrat Czeden und Deutsche hauptsächlich übereinander hergefallen. Abgeordneter Schreiner hatte zu einer Verichtigung des Wortes. Die Czeden umstanden ihn, darunter der Abgeordnete Schmal, der feurig Jutzschentz machte. Großl intervenierte und wies die Jutzschentz zurück. Plötzlich geraten beide hart an einander: Schmal schreit: „Sie ganz Geseheit!“ Großl giebt zurück: „So geseheit wie Sie bin ich lange! Sie haben auch die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen!“ Schmal tritt ganz nahe und schreit Großl ins Gesicht: „Sie deutsches Schwein!“ Dr. Leher stürzt sich zwischen beide und hält die drohende Faust zurück. Nun erscheinen Stein, Schönerer, Berger und Hofer auf dem Kampfplatz. Schönerer brüllt als Aufer im Streit: „Gebt ihm eine Wasser!“ Die andern Deutschen schreien: „March hinüber zu den Czeden! Kommt daher, bessere Leute beschimpfen! Werft ihn hinaus! Hinunter mit ihm, schmeißt ihn über die Stufen!“ Schmal hält den ihn ergrimmt umdrängenden Deutschen stand — doch plötzlich gerät der Anänel ins Wanken, Schmal steigt rücklings die Stufen hinunter und fällt auf Leher. Ein Schwarm drängt nach. Von der Czeden-Seite stürzen die Radikalen herbei. Der Tumult wird furchtbar, Insulten und Faustschläge werden ausgetauscht, besonders Schmal und Jreß sind in gefährlicher Situation. Nun wird es auch auf den Galerien laut: Pfiffe und Applaus erschallen von oben und vermehren den furchtbaren Lärm. Man erhebt plötzlich, daß kein Präsident da ist. — Die Sitzung ist unterbrochen, eine Viertelstunde dauert der Kampf fort. Dann nimmt Vizepräsident Kaiser die Sitzung wieder auf. Er redet zuerst die Galerien an und droht, sie räumen zu lassen, dann bedauert er, daß solche Szenen möglich seien und erteilt Schmal den Ordnungsruf. Bald darauf ist wieder Ruhe im Hause, als wäre nichts geschehen.

Die Polizeibrutalität in Favoriten. Das Abgeordnetenhause beginnt am Freitag die Verhandlung über die Dringlichkeitsanträge betreffend die Vorfälle bei der Landtags-Wahlwahl in Favoriten am 7. d. M. Gehmann begründet die Dringlichkeit des Antrages der Christlichsocialen und wirft den Socialdemokraten vor, bei der Agitation in terroristischer Weise vorgegangen zu sein und die Christlichsocialen Wähler nicht nur an der Stimmabgabe verhindert, sondern auf offener Straße Straßenraub und Diebstahl verübt zu haben. Die Socialdemokraten unterbrechen ihn und wieder die Ausführungen Gehmanns durch ironischen Beifall. Nach Gehmann ergreift Bernerstorffer das Wort zur Begründung des socialdemokratischen Antrags. Die Christlichsocialen verlassen den Saal.

Frankreich.

Die Wiederaufnahme der Arbeit. Leus, 14. November. Am Kohlenbeden von Pas-de-Calais ist die Nacht ruhig verlaufen. Der Ausstand wird als beendet angesehen. In den meisten Gruben ist die Arbeit im vollen Umfange wieder aufgenommen.

Dennis, 14. November. Heute vormittag erschienen überall die Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen. Die Kavallerie ist teilweise aus dem Grubengebiet zurückgezogen.

Dem Ministerat, der am Freitag stattfand, wohnten sämtliche Minister bei. Ministerpräsident Combes brachte ein von ihm entworfenenes Schreiben an den Staatsrat zur Kenntnis, durch welches diesem die Vorschläge mitgeteilt werden, welche der Ministerpräsident der Kommission für die Vereine und Kongregationen machen will. Dieselben bezwecken, die Ausführungen zum Vereinsgesetz mit den Wünschen des Gesetzgebers mehr in Einklang zu bringen. Marineminister Pelletan teilte sodann mit, daß er, in Uebereinstimmung mit dem gestrigen Beschluß der Kammer, sich mit der Budgetkommission in Verbindung setzen werde, um Mittel und Wege zu finden für die Sicherung der Ausführung des Programms für die autonomen Kolonien, daß hierzu ein Nachtragsetz von 12 Millionen Frank notwendig sein wird. Die Minister der Finanzen und der öffentlichen Arbeiten gaben Kenntnis von dem Fortgange der von ihnen gemeinsam begonnenen Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage, welche Abänderungen bezüglich der den Grubenarbeitern bereits zustehenden Altersversicherungen herbeiführen will.

Belgien.

Das Gesetz gegen die Spielhölle, das, wie bekannt, von Kammer und Senat schon längst votiert, vom König aber noch nicht sanktioniert ist, wird von Vamberdelo zum Gegenstand einer Interpellation gemacht werden.

Italien.

Brigantentum. Dem „B. L.“ wird aus Rom gemeldet: Bei der Jagd auf den Briganten Barfalona wurden bisher, wie der „Popolo Romano“ meldet, über zweihundert Personen festgenommen, darunter vier Bürgermeister. Auch der feinsinnige Marquise di Cordova wurde samt allen Angehörigen auf seinem Landgute bei Vallo aufgefunden und ins Gefängnis gebracht. Dem Bürgermeister und den Gemeinderäten von Caccamo (Mudinis Wahlkreis) wurden ihre Waffenscheine entzogen, und der Bürgermeister von Cammerata in denselben Augenblick verhaftet, wo er seinerseits einen Raubmörder auf die Polizei schaffte.

Sien.

Zur Shanghai-Frage. Die „Daily Mail“ meldet aus Shanghai: Der Ingenieur des französischen Militärlagers in Shanghai erhielt am 12. d. M. telegraphisch Anweisung, Kontrakte wegen Ausführung neuer Arbeiten im Lager abzuschließen, die eine Ausgabe von 10 000 Pfund Sterling erfordern. Da die deutschen Truppen sich auf längeres Verbleiben einrichten, will natürlich auch Frankreich nicht zurückbleiben.

Krupp auf Capri.

Seit Wochen ist die ausländische Presse voll von ungenierten Einzelheiten über den „Fall Krupp“. Die deutsche Presse dagegen verhält sich schweigen. Wir haben vor einiger Zeit die Gelegenheit angeboten, mochten sie aber nicht näher erörtern, als

und nicht ganz einwandfrei... die direkte Informationen zur Verfügung standen...

Der Geheimkommerzienrat Krupp, Mitglied des preussischen Herrenhauses, der reichste Mann Deutschlands...

Unter dem Einfluss der kapitalistischen Macht kann eine unglückliche Veranlagung, die den Besitzlosen niederdrückt...

Es ist bekannt, daß Herr Krupp seit einiger Zeit auf Capri, der Insel des Kaisers Liberos...

Die Korruption war bis zu einer solchen Höhe gediehen, daß man bei einem Photographen von Capri gewisse nach der Natur aufgenommene Bilder sehen konnte...

Man erzählt, daß im Vorjahre der „Matino“ — das Organ der Camorra, das gegenwärtig vor den neapolitanischen Richtern steht...

Die Welt das Ariechen vor Krupp ging, dafür ein Beispiel: Als kürzlich der Ministerpräsident Capri besuchte...

Schließlich wurde der Skandal denn doch zu groß und der Minister des Innern sandte im geheimen einen Inspektor...

Auf die Ergebnisse dieser Untersuchung hin wurde Herr Krupp ersucht, die Insel für immer zu verlassen...

Die „Propaganda“ (das sozialistische Organ von Neapel), welche diese Dinge an die Öffentlichkeit gezogen hat...

Auf die Rechtslage des Falles wollen wir vorläufig nicht eingehen. Das grauenhafte Bild kapitalistischer Beeinflussung wird dadurch nicht sonderlich milder...

Gleichwohl bietet der Fall für die deutsche Gesetzgebung ein hohes Interesse. So lange Herr Krupp in Deutschland lebt...

Parteinachrichten.

Zum Landtage für Schwarzburg-Rudolstadt fand am Donnerstag im Wahlkreise Rudolstadt I die Wahl statt...

Parteiressé. Die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund kann berichten, daß ihr der Dortmund Kreis fast 3000 neue Abonnenten gebracht hat...

Holländisches, Gerichtliches usw.

Der „Süddeutsche Postillon“ auf der Ankagebank. Wie seiner Zeit berichtet, verurteilte das Schöffengericht den Genossen Maximus Ernst wegen Verleumdung des Bergverwalters Trepto...

Die seltsamste Begründung eines Verurteilten. Die seltsamste Begründung eines Verurteilten lieferte jetzt eine sächsische Kreisgerichtsmannschaft...

idealisieren sollten, und die Thatsache, daß Schmidt das vorbestimmte, ihm angekommene schriftliche Verbrechen nicht abgegeben hat...

Hier wurde es also den Veranlassern der Versammlung zum Fallstrick, daß sie alles, was in ihren Kräften stand, aufboten...

Aus Industrie und Handel.

Zur Ausbreitung der amerikanischen Tramps wird dem „Berl. Börsen-Courier“ aus New York mitgeteilt: „Der jetzt in Baltimore weilende englische Honorable Charles Emory Smith hat auf Grund der Censusbereiche des Jahres 1900 ausgerechnet, daß es in den Vereinigten Staaten 185 wirtliche Tramps gäbe...

Es kommt darauf an, was man unter dem Wort „Tramp“ versteht; ob darunter nur die eigentlichen „Combines“, d. h. die finanzielle Zusammenfügung mehrerer Werke zu einer Gesamtfabrik...

Französischer Lukenhandel. Der Wert der Einfuhr in den ersten zehn Monaten dieses Jahres beläuft sich auf 3 628 310 000 Frank...

Ueber die Besiennerung der deutschen Genossenschaften ist seitens des Allgemeinen Genossenschafts-Verbandes eine Statistik aufgenommen worden, die auf dem Allgemeinen Genossenschaftstag in Auznach bekannt gegeben werden sollte...

Table with 5 columns: Zahl der Genossenschaften, Steuern, Beiträge, Ueberweisungen, Dividende. Rows include Kreditgenossenschaften, Konsumvereine, Bau- und Wohnungsgenossenschaften, etc.

Nach dieser Statistik sind Bau- und Konsumgenossenschaften relativ am höchsten besteuert. Diejenigen Genossenschaften, an denen die minderbemittelten Volksklassen in erster Linie interessiert sind...

Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Aktien-gesellschaft, Braunschweig. Der Abschluß für das Geschäftsjahr 1901/02 ergibt einen Betriebsüberschuss von 343 067 Mark...

Table with 3 columns: Ort, Hamburg, Bremen, zusammen. Rows for 1900, 1901, 1902 showing Auswanderung über Hamburg und Bremen.

Hält die Zunahme der Auswanderung in gleichem Maße an, so ist darauf zu rechnen, daß für das laufende Jahr die Gesamtzahl beinahe eine Viertelmillion erreichen wird...

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine scharfe Kritik der gegen Streikposten belichteten Polizeimannregeln übte am Donnerstag eine im Kaufmanns Lokal zu Rixdorf abgehaltene, ungewöhnlich stark besuchte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung...

Infolge dieses richterlichen Urteils sei die Spruchpraxis der unteren Gerichte dann ebenfalls eine andre geworden, die Verurteilungen von Streikposten wegen großen Unfugs haben sich wesentlich vermindert...

Polizei behandelt die Streikposten einfach als Verkehrshindernis oder als Leute, die ganz besonders geeignet seien, die Ordnung, Ruhe und Sicherheit auf den Straßen zu gefährden...

Als zweiter Referent wies der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes Cohen darauf hin, daß diese Versammlung einberufen sei, einmal, um die Anwesenden über ihre Streikrechte zu belehren...

In der Diskussion erzählten mehrere der Streikenden ihre Abenteuer, die sie mit Polizisten oder auf der Polizeiwache erlebt haben. Verächtliches Aufsehen erregte sodann ein vom Vorsitzenden erwarteter Vortrag...

Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Streikposten auf, umbeitr durch polizeiliche Maßnahmen nach wie vor ihre Arbeitspflicht zu erfüllen...

Zu den am Sonntag stattfindenden Gewerkegerichtswahlen hat der Magistrat wegen der zu erwartenden großen Beteiligung eine besondere Ordnungsvorschrift erlassen...

Die „Bildhauer Zeitung“ bringt in ihrer neuesten Nummer eine längere Entgegnung auf unsere die Angelegenheit Meyer betreffende Notiz in Nr. 280 des „Bourgeois“...

weil also in der Hauptsache mit der „Bildhauer-Ztg.“ einig sind, so kann die Erörterung dieser unliebsamen Angelegenheit wohl als erledigt angesehen werden.

Deutsches Reich.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Augsburg, die am Mittwoch stattfand, siegte die Liste der freien Gewerkschaften über die des vereinigten Ordnungsmittelmachens (christliche, kirchlich-Dundersche und -ordnungsliebende Arbeitervereine) mit 4500 gegen 2800 Stimmen. Es war ein heftiger Kampf, vielleicht einzig in seiner Art, denn die Gegner benutzten die ganze bürgerliche Presse und hatten die Unterzeichner, die selber in den Fabriken Stimmzettel verteilten, auf ihrer Seite.

Ausland.

Die Hutmacher von Paris sind in den Streik eingetreten, weil sich die Unternehmer weigerten, den Tarif, der eine Erhöhung des Lohnes von 4-5 Prozent vorsieht, anzuerkennen; 145 Unternehmer haben bereits bewilligt.

Die Schneider in Kristiania haben beschlossen, den jetzt geltenden Lohn auf den 15. Januar zu kündigen. Eine Erhöhung wird als unbedingt notwendig erachtet.

Sociales.

Barbarisches Recht.

Das Halle'sche „Vollstätt.“ berichtet:

„Sechs Wochen in Haft behalten und dann freigesprochen wurde vom Landgericht Halle das 12jährige Schulmädchen Auguste Paul von Glöck. Das unglückliche, einen durchaus harmlosen Eindringling machende Kind wurde jüngst in „Anstaltsuniform“ der Halle'schen Strafkammer vorgeführt, vor der es sich wegen Brandstiftung verantworten sollte. Die blauen Gefangenengekleider und die grobe Schürze passten nicht für das jammernde und weinende blasse Kind, das allgemeines Mitleid im Zuhörerraum zu erwecken schien. Was mag das Kind, weggerissen aus dem Hause der Eltern, für Angst und Sorge ausgestanden haben. „Vater, ich habe immer geweint und immer an Euch gedacht.“ erklärte es jammernd und mit Thränen in den Augen, als es im Gerichtssaal den Angehörigen wieder die Hände drücken konnte.“

Es stellte sich schließlich heraus, daß nur einige höchst unsichere Indicien dafür vorhanden waren, daß das Kind eine Scheune fahrlässig in Brand gesteckt habe. Der Vertreter der Anklage konnte selber nur zu dem Antrage auf eine Woche Gefängnis wegen fahrlässiger Brandstiftung den Mut finden. Das Gericht erkannte auf gänzliche Freisprechung, da nicht ausgeschlossen sei, daß ein anderes Kind den Brand verursacht habe.

Noch fürchtbarer ist, was die „Sächsische Arbeiterzeitung“ aus Dresden im folgenden berichtet kam:

„Ein erschütterndes Bild aus unserer herrlichen Gesellschaftsordnung gab eine Verhandlung vor dem hiesigen Landgericht. Drei Jahre Gefängnis für einen zwölfjährigen Jungen. So ungläublich das klingt und so sehr diese Thatfrage jeden menschlich fühlenden bewegen muß, die Richter hätten es in der Hand gehabt, in diesem Falle noch mehr Gefängnis zu verhängen. Man konnte sich eines beschämenden Gefühls ob der Höhe der gegenwärtigen Civilisation nicht erwehren, als man das körperlich schwächliche, geistig beschränkte Wesen mit seinem bleichen Gesicht dastehen sah und hörte, wie es mit piepsender Stimme für Pöbel das endlos lange Sündenregister belästigte und bemüht war, seine Absichten und Methoden arglos den Richtern mitzuteilen, um der erschütternden Scene ein schnelles Ende zu bereiten. Man fragte sich: warum soll gerade dieser Junge die Sühne für unsre socialen und gesellschaftlichen Sünden auf sich nehmen? In Frage kommt der 1800 in Scheunewitz bei Meißen geborene Schulknabe Paul Emil Ebert, der in der Korrelationsanstalt Bräunsdorf interniert, von dort am 16. Juli d. J. entflohen ist und allerdings 12 den darauf folgenden 12 Tagen Streiche verübte, vor denen auch der gewiegteste Einbrecher vollen Respekt bewahren muß. Auf seiner Wanderschaft von Bräunsdorf nach Dresden, wo er den König bitten wollte, ihn aus der Anstalt zu nehmen (1), hat er nicht weniger als sieben schwere, sieben einfache Diebstähle, drei Diebstahle, und einen Einbruchversuch unternommen. Dabei gelangte er meist durch offensichtliche Parterrefenster oder Thüren in Wohnungen, schloß nicht vor hindern den Mauern und Türen zurück und verschonte weder Zimmer, in denen zufällig Personen im Bette schliefen, noch gab er seinen Plan zu stehlen in einem Zimmer auf, in welchem eine Frau wach im Bette lag. Ein andermal benutzte er die Gelegenheit, einer Frau, die soeben in das einzige Schritte entfernte Nebenlogis Hantenschalber gegangen war, die Wohnung abzusuchen und 6 M. zu entwenden. So oft man ihn verfolgte, um seiner habhaft zu werden, so oft entwich er, bis endlich am 28. Juli auf hiesiger Ritterstraße seinem Wänderbastei vorläufig ein Ziel gesetzt wurde. Seine Beute hat zum Teil in Geld neben den verächtlichsten Gebrauchs- und Luxusgegenständen bestanden. Er besaß von dem Gestohlenen seinen Lebensunterhalt, hielt einige ihm zugehörige Schulknaben frei und kaufte sich Indiamergeschichten, die wohl den Angeklagten mit inspiriert haben mögen. Einen Pavlov von seiner moralischen Verwirrung lieferte noch das vollständig gleichgültige Verhalten bei der Verurteilung des Urteils.“

Im ersten Falle muß man ausschließlich die bürokratische — „Objektivität“ der verantwortlichen Justizbeamten anlagen, die nicht als Menschen mit Menschen, sondern nur als Bureautanten mit Paragraphen und Angeklagten operieren. Wenn sie auch nicht widerrechtlich gehandelt haben, so waren sie doch auch nicht gefesselt verpflichtet, ein armes hilfloses Kind der unermesslichen Pein einer sechs-wöchigen Untersuchungshaft auszusetzen auf den schwachen Verdacht einer That, die selbst dem öffentlichen Ankläger mit einer Woche Gefängnis geführt erschien. Unser Strafrecht ist gewiß barbarisch genug: es giebt dem Richter nicht, im Verdorber den Menschen zu sehen; aber es verbietet ihm auch nicht, wenigstens in dem erst verdachtsverdächtigen Kinde das Kind zu sehen. Diese sechs Wochen Untersuchungshaft wird das Kind und werden die Eltern des Kindes ihr ganzes Leben lang nicht wieder vergessen.

Im zweiten Falle tritt allerdings der Richter ziemlich in den Hintergrund; das barbarische Gesetz und dahinter die Schuld der Gesellschaft erscheinen riesengroß als wirkliche Angeklagte in diesem traurigen Prozeß. Mit 12 Jahren schon in der Korrelationsanstalt; zur Korrektion oder Besserung. Wie mag das Leben des unglücklichen Kindes vorher gewesen sein, wie mag das „Besserungsverfahren“ in der Besserungsanstalt beschaffen sein? Verwahrlosung und Hunger vorher und Krügel, Hunger und harte Arbeit in der Anstalt vernünftiger, verführt mit frommen Sprüchen. Und nun drei Jahre ins Gefängnis. Was mit ein wenig Liebe und Freundlichkeit und vernünftiger Erziehung wahrscheinlich noch ein nützlicher Mensch werden könnte, wird als ein abgefeimter Gauner oder ein wildes Tier das Gefängnis verlassen. Schmach über eine Gesellschaft, die solche Freitage zeitigt!

Bädereizstände.

Die Dresdener Ortsgruppe des Bädereiz-Verbandes hat dank der Opferwilligkeit ihrer Mitglieder eine sehr verdienstliche Arbeit geleistet. Sie hat fast die Hälfte der Dresdener Bädereien auf ihre gegenwärtigen Verhältnisse untersucht und bei dieser Erhebung, die fast drei Monate währte und von den Meistern auf jede Weise erschwert wurde, grauenhafte Zustände an das Tageslicht gezogen. In Dresden sind 501 Bädereien vorhanden, in denen 990 Bädereizstellen und 600 Bädereizstellen beschäftigt werden. Die Statistik umfaßt 198 Bädereizstellen mit 362 Gefellen und 109 Lehrlingen. 27 Proz. der untersuchten Bädereizräume wiesen vollständig ungenügende Licht- und Luftzufuhr auf. In manchen Arbeitsräumen war es dunkel und feucht; es mußte den ganzen Tag

Licht gebrannt werden. Im Protokoll der Statistik heißt es dann u. a. weiter: Spundnäpfe fehlen in 84 Bädereizräumen gänzlich. In 61 Bädereizräumen wird niemals feucht gereinigt. Die Gefälle werden in 52 Bädereizräumen überhaupt nicht gereinigt. Nur in 17 Bädereizräumen giebt es verdeckte Abflüsse. In 11 Bädereizräumen wird das Rohr vor dem Gebrauch nicht einmal gereinigt. Die Bedürfnisanstalten sind in 11 Fällen nachts verschlossen. Ingezeifer war in den Arbeitsräumen in großer Zahl vorhanden, und zwar Kräfte in 22, Schwaben in 44, Kräfte in 11, Heimgen in 11, Kräfte in 3, Schwaben in 2 Bädereizräumen, in einem Falle Kräftekränze. In einer Badstube wurden Kräftekränze gehalten.

Bei 30 Proz. der Bädereizräume vermerkt das Protokoll Ueberarbeit an den Wochentagen. Die Erholungsruhe wird zugebracht in 72 Fällen in der Badstube, auf dem Hofboden oder auf dem Badstrog; in 13 Fällen auf dem Reihboden, in 14 Fällen im Bett; in je einem Falle auf dem Hofe, dem Garküchen, den Treppentritten und in 3 Fällen auf dem Erdboden. Weiter heißt es u. a.: In 32 Fällen wird die Bettwäsche beim Wechseln der Gefellen nicht erneuert. In 24 Bädereizräumen werden die Schlafstätten nie feucht gereinigt. In 24 Bädereizräumen sind keine Kleiderkränze da; in 13 Schlafstätten giebt es Kränze.

Unter den besonderen Bemerkungen auf den Fragebogen heißt man: In einer Werkstätte — die Namen der Bäder wurden in einer unlängst abgehaltenen Versammlung bekannt gemacht — sind die Badstüben mit Kräften total verstaubt. Die Seitenwände des Badstroges sind zerkratzt vermodert, daß sich eine Unmenge Kräfte und Ingezeifer darin aufhält. Beim Wechseln der Zeigfäden von den Wänden können die Tiere in den Leig kommen. Fragebogen 1: Die Handtücher werden erst gewechselt, wenn sie stinken. Fragebogen 5: Kleiderkränze werden in der Badstube getrocknet; auch werden die kleinen Kinder auf den Badstrog gesetzt. Fragebogen 6: Der Meister zieht den Lehrlingen Ausgaben für Kleider und Wäsche von der Abendbrotsentlohnung in Kräften von 3 Pf. ab. Fragebogen 11: Das Badgerät wird überhaupt nie gereinigt. Die Pfanne steht seit dem 11. Juni (seit 31. Oktober) und stinkt so sehr, daß einem ganz übel wird. Das Ingezeifer ist schrecklich. Schwaben, Heimgen, Kräftekränze, Kräfte und Schwaben kriechen an den Reihfäden und Zeigfäden überall herum. Die Kräftekränze stehen fast vor dem Schornstein. Fragebogen 17: Von der Dichtung der Badstube war überhaupt nichts zu sehen, weil eine fingerdicke Strauße sie bedeckte. Kräfte habe sie entfernt. Fragebogen 18: In der Badstube halten sich Kräfte auf, die auch dieselbe verunreinigen, jedoch mit Reihfäden wird der Urnat wieder angehoht. Der Meister ist krank und spuckt fortwährend in die Badstube. Auch Wäsche wird derselbst gewaschen, Wäsche auf den Badstrog gelegt und die Kinder gebadet usw.

So sieht es hinter den Coulissen des Kleingewerbes aus, das die Mittelhandelpolitiker partout erhalten wissen wollen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Enquete über die Arbeitszeit der Frauen.

Die von der Reichsregierung angestellten Erhebungen, ob eine Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit für erwachsene Arbeiterinnen thunlich sei, veranlaßte die Handelskammer für das Großherzogtum, in ihrer letzten Plenarsitzung zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Wie von jenen Herren (zumeist Nationalliberale) nicht anders zu erwarten war, beschloß die Kammer, das Bedürfnis auf Herabsetzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden pro Tag „ganz entschieden“ zu verneinen. Dagegen sei auch ein früherer Versuch der Arbeitszeit für Arbeiterinnen auf Sonnabenden unmöglich, weil sonst eine ganze Reihe Fabriken überhaupt früher geschlossen werden müßten und dann der Sonnabend als kein voller Arbeitstag mehr angesehen werden könne. Darauf kommt es ja auch am allerwenigsten an, ob die Herren eine beliebige Arbeitszeit als vollen Arbeitstag ansehen oder nicht.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Weißensee. Zur Kalender-Verbreitung treffen sich die Parteigenossen am Sonntag früh 7 1/2 Uhr bei Edmund, König-Chaussee 38.

Niedorf. Anlässlich der Montag, den 17. November, stattfindenden Stadiverordneten-Wahl findet Sonntag früh eine Kluge-Blatt-Verteilung für den ganzen Ort statt. Die Parteigenossen werden erucht, sich ihren Bezirksführern in den bekannten Lokalen zur Verfügung zu stellen.

Treptow-Baumgartenweg. Der Wahlverein hält Dienstagabend im Restaurant Wähler seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Dr. Vorhards über Arbeitslosen-Versicherung. Bericht von der Generalversammlung des Central-Wahlvereins, Abrechnung von der Gemeindevorstand-Wahl und vom Stiftungsfeste. Gäste haben Zutritt.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Amtsverbrechens, schwerer und einfacher Urkundenfälschung, Betruges u. dgl. hatte sich gestern der frühere bei der hiesigen Sparkasse thätig gewesene Bureau-Hilfsarbeiter Max Ullrich vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin I zu verantworten. Er war beschuldigt, im Laufe von 8 Jahren der hiesigen Sparkasse 25 000 M. unterschlagen zu haben. Der jetzt 40 Jahre alte und verheiratete Angeklagte ist im Jahre 1894 als Kassiermeister vom Magistrat als Hilfsarbeiter angenommen und in der hiesigen Sparkasse beschäftigt worden. Infolge der bekannter Reichsgerichtspräsidenten, die im Falle Ullrich ergangen ist, wurde auch er schließlich als Beamter anerkannt und als solcher vereidigt. Er ist gefänglich, die ihm zur Last gelegten Unterschlagungen in der Gesamthöhe von 25 000 M. begangen zu haben. Er hatte sich dazu in äußerster raffiniertester Weise eine sehr komplizierte Methode der Fälschung erdacht und diese mit besonderem Fleiß Jahre lang durchgeführt. Wie die als Sachverständigen vernommenen Beamten der hiesigen Sparkasse, Kassiersekretäre Jengel und Wallies, in ausführlichen Vorträge darlegten, ist die Kontrolle der Zuführung und der Abrechnungen bei der hiesigen Sparkasse eine so minutiöse, daß man eigentlich die Möglichkeit von Veruntreuungen für vollständig ausgeschlossen halten sollte. Und dennoch hat es der Angeklagte verstanden, in äußerster geübter Weise alle Klippen der Tages-, Monats- und Jahreskontrollen zu umschiffen, um in seinem verbrecherischen Treiben nicht entdeckt zu werden. Den Ausgangspunkt zu letzterem bildeten Sparkassenbücher, die er sich selbst aus den in den Bureaus bewahrten Materialien zurecht machte. Er füllte diese Bücher mit Namen von Sparern aus, die in Sparkonten in Wirklichkeit existierten, setzte eine fingierte Summe hinein, drückte unbesorgt den Stempel darauf, fälschte den Namen des Kurators und des Kontrollbeamten und machte alsdann noch allerlei Manipulationen in den Kontrollisten und Büchern, machte Notizen, falsche Additionen und wußte auch die Hilfskassen zu täuschen. Er kündigte auch in allen Fällen ganz vortheilhaftig die Spargelder und hat so in 25 Fällen auch die Bücher zu 1000 M. abgehoben. Die Geschwornen bejahten sämtliche Schuldfragen und verneinten das Vorliegen mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte acht Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. — Der Gerichtshof erkannte auf drei Jahre Zuchthaus und 1200 M. Geldstrafe event. noch 80 Tage Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Kollektions-Prozeß. Die Genossen Polzin und Bustrau in Grünau (Oberspree) hatten in Gastwirtschaften anlässlich der Kommunalwahlen für den Wahllokal gesammelt. Es waren daraufhin vom Landgericht II in Berlin als der Verursachung von Geldstrafen verurteilt worden, weil sie, die Listen bezugslos ohne die erforderliche behördliche Genehmigung öffentliche Kollektions

ausgeschickten bezugslos hatten. Auf ihre Revision hob jedoch das Reichsgericht die Verurteilung auf und verurteilte die Sache in neuem Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zu verweisen. Begründet wurde ausgeführt: Unter den öffentlichen Kollektoren, die einer Genehmigung, des Oberpräsidenten bedürften, seien nur Hauskollektoren zu verstehen, das heißt Kollektoren, die ein Geheh von Haus zu Haus und ein Einbringen in die Häuser voraussetzen. Das Landgericht müsse deshalb nachprüfen, ob die Angeklagten von Haus zu Haus, von Aneipe zu Aneipe gegangen seien, um dort freiwillige Beiträge einzusammeln. Werde gemäß den Behauptungen der Angeklagten festgestellt, daß jeder von ihnen nur in einem bestimmten Lokale gesammelt habe, dann müßten sie freigesprochen werden.

Verfammlungen.

Der Centralverband der Maurer hielt am Donnerstag eine von über 1500 Personen besuchte außerordentliche Generalversammlung aller zum Logenbezirk Berlin und Umgebend gehörigen Verbände, Bezirksstellen sowie der Sektionen der Fuger, Radiger und Cementierer bei Keller, Köpenickerstr. ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde zunächst einstimmig folgende Resolution beschlossen: Die Versammlung des Verbandes der Maurer protestiert ganz entschieden gegen die Schreibweise bürgerlicher Blätter und Parteien, wonach die Verbandsleitung ihr Amt niedergelegt haben soll, weil sie sich ehrenrührige Handlungen hat zu Schulden kommen lassen. Als alleinige Ursache der Amtsniederlegung sind lediglich organisatorische Streitigkeiten maßgebend gewesen. — Hieran wurde über die Vorschläge zu den Wahlen der Verbandsleitung diskutiert. Dem Bericht, den der Obmann der Wahlkommission erstattete, war zu entnehmen, daß zumeist die bisherigen Mitglieder der Verbandsleitung wieder in Vorschlag gebracht worden sind. Von einzelnen Vereinen bezw. Sektionen sind außerdem Resolutionen beantragt worden, in denen der Verbandsleitung das volle Vertrauen ausgesprochen und deren Wiederwahl gewünscht wird. Es folgte die Auffstellung der Kandidaten für die neue Verbandsleitung, deren endgültige Wahl durch geheime Abstimmung in den einzelnen Vereinen erfolgen sollte. Schließlich wurde aber beschlossen, daß die außerordentliche Generalversammlung dem Zweigvereins-Vorstand vollständiges Vertrauen entgegenbringt, worauf die bisherigen Mitglieder, die vordem sämtlich ablehnten, erklärten, unter diesen Umständen eine Wiederwahl anzunehmen. Nach einer lebhaften Diskussion wurde sodann mit großer Mehrheit beschlossen, nunmehr überhaupt von einer Neuwahl Abstand zu nehmen, so daß die Verbandsleitung in der bisherigen Zusammenfassung bis zum ordentlichen Ablauf der Wahlperiode verbleibt.

In einer gut besuchten Versammlung der hiesigen Arbeiter, welche am Mittwochabend in Cohns Restoran stattfand, beschäftigte man sich unter anderem mit dem von dem Magistrat zu erlassenden Arbeitsnachweis für seine eignen Arbeiter. Schuberl empfahl, von einem endgültigen Beschlusse heute Abstand zu nehmen und in einer demnächst stattfindenden allgemeinen Versammlung diesen Gegenstand eingehend zu erörtern. Allseitig wurde darauf hingewiesen, daß für diese Versammlung recht zahlreicher Besuch notwendig sei.

Die Parteigenossen in Bernau hielten am 8. d. M. eine sehr gut besuchte Volksversammlung ab, in der Genosse Helbig das Thema: „Wollen sich die Arbeiter Bernaus das Verbot des Gewerkschaftstreffens von der Polizei gefallen lassen?“ behandelte. Er führte etwa folgendes aus: Die hiesige Polizei hat das Abhalten des Treffens zunächst kurz vertagt; als dann nach den Gründen der Verzögerung gefragt wurde, hat sie das Fest als eine öffentliche Tanzfestlichkeit angesehen, welche an Sonnabenden in Bernau nicht gestattet werden. Höchst sonderbar erwiderte es, führte Redner aus, daß die Polizei zu solchen Annahmen kommen konnte, da in dem Schreiben um die Genehmigung des Festes nichts darauf schließen liege. Die Arbeiter Bernaus müßten es auf das äußerste andauern lassen und die Aussetzung dieser Angelegenheit bis in die höchste Instanz verfolgen, wie auch mit einer Klage gegen die Polizei wegen Verletzung der entstandenen Anfohlen vorgehen sei. Eine dahin gehende Resolution fand einstimmige Annahme. In der hierauf folgenden Diskussion wurden von verschiedenen Rednern die noch nicht organisierten Arbeiter zum Eintritt in die Organisation aufgefordert. Der Vorsitzende schloß die impotente Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Wahlen der Arbeitgeber-Beisitzer zum Gewerbegericht haben gestern stattgefunden. Zu unserer Kenntnis gelangt ist bisher nur das Ergebnis aus dem 35. Wahlbezirk. Dort wurden die socialdemokratischen Kandidaten Paul Müller, Vernacinski, Deißel und Max Gienke mit 66 gegen 51 gegnerische Stimmen gewählt.

Die Stichwahl in Favoriten im östereichischen Reichsrat.

Wien, 11. November. (W. T. G.) Abgeordnetenhause. (Zurücksetzung.) Nach dem Abgeordneten Gehmann begründet der Abgeordnete Bernerporfer die Dringlichkeit seines Antrages betr. die Vorgänge bei der Stichwahl in Favoriten und beklagt sich unter heftigen Ausfällen gegen den Ministerpräsidenten, die Polizei und die christlich-socialen Partei, insbesondere unter Bekämpfung des Bürgermeisters Dr. Luuger, wegen deren er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wird, über den Hausfriedensbruch, welcher durch das Eindringen der Sicherheitswache in das Arbeiterheim begangen worden sei, sowie über die Fälschung der Wahlscheine. Redner verlangt genaue Untersuchung wegen der vom Minister vorgebrachten angeblichen Gewaltthaten. Ministerpräsident v. Körber erklärt, die Regierung habe bei den Wahlen alle Vorkehrungen zur Sicherung der Wahlfreiheit getroffen. Sie werde dies pflichtgemäß auch bei den künftigen Wahlen thun. Er, der Ministerpräsident, werde nach Ablauf der Untersuchung aus deren Ergebnis die Konsequenzen ziehen, welche den Gesetzen und dem allgemeinen Rechtsgefühl entsprächen. Redner weist in scharfer Weise die gegen die Polizei erhobenen Beschuldigungen zurück und glaubt, über die Vorwürfe des Redners gegen seine Person um so eher sich hinwegsetzen zu können, als die Regierung gewohnt sei, nicht als unbescholten, sondern als partiell behandelt zu werden. Der Vertreter der Polizeidirektion giebt sodann auf Grund des Aktenmaterials eine Darstellung der Vorgänge in Favoriten. Abg. Dr. Bogler verlangt die Ausdehnung der Untersuchung auf alle Personen, welche ein Verbrechen an den Ereignissen in Favoriten trifft. Er man weist die Angriffe Bernerporfers zurück und beklagt sich über den Terrorismus der Socialdemokraten. Redner verlangt von der Regierung gestrichelte Durchführung des Staatsgrundgesetzes sowie Gleichberechtigung aller Staatsbürger. Die Rede des Abg. Arnann wird wiederholt von ironischen Beifall und Brechen in der Socialdemokratie unterbrochen. Hieran wird die Debatte geschlossen. Nach der Wahl von Generalrednern wird die Debatte g. abgebrochen.

Inm. S. befindet sich der Gesandtschaft betr. die Dotation zur W. wegen des kaiserlichen Hofstaates. — Nächste Sitzung Dienstag.

Wien, 12. November. (W. T. G.) Dr. Werriman, der Parteipartei in der Kapitolone, hat sich im Parlament in Vorzugszöle ausgesprochen. Dieser Ansicht liegende Mehrheit des Parlaments beigetreten. Minister hat darauf die Erklärung abgegeben, er ermächtigt abgukaltenden allgemeinen judatika Einzelheiten in Konferenz die von ihm zu ernennenden Delegierten des Kapitolone sich in keiner Weise für Vorzugszöle gefügbar ansetzen.

Die die Abstimmungszeit in die Urnen legenden Schriftführer.

Die Schriftführer begeben sich nunmehr in Begleitung von je einem Saalbedienten in die Gänge des Saales, um die Zettel einzusammeln. Das Einsammelngsgeschäft vollzieht sich unter lebhafter Unruhe des Hauses. Die Saalbedienten tragen die Urnen im Arme, während die Schriftführer jedem einzelnen Abgeordneten seinen Zettel abnehmen und in die Urne legen. Da sich dieses Einsammelngsgeschäft, besonders auf den Bänken der Linken, wo Schriftführer Hermann amtiert, etwas zu verzögern scheint, ertönen fortwährend von den Bänken der Rechten und des Centrums stürmische Ausrufungen der Ungebuld.

Um 3 Uhr 15 Minuten nimmt das Wort Präsident Graf Ballestrem: Die Herren, die noch keine Stimmzettel abgegeben haben, bitte ich, sich hierher zu bemühen. (Unruhe links.)

Aus den Reihen der Sozialdemokraten werden mehrfache Ausrufe laut: „Hier sind noch Stimmzettel!“ (Lärm rechts und im Centrum.) Da diejenigen sozialdemokratischen Abgeordneten, die ihre Stimmzettel noch nicht abgegeben haben, zögern, die Tribüne zu besteigen, um dort ihre Zettel in die Urne zu legen, so kommt Schriftführer Homburg (kons.) mit einem Saalbedienten nochmals von der Straße zu den Sozialdemokraten herabgestiegen, worauf die betreffenden Abgeordneten ihre Zettel abgeben. Von der Rechten und aus dem Centrum hört man fortwährende lärmende Zurufe.

Präsident Graf Ballestrem: Ich fordere die Herren, die noch keine Stimmzettel abgegeben haben, nochmals auf, sich hierher zu bemühen und die Zettel in die Urnen hineinzulegen. — Die Abstimmung ist geschlossen. Die Schriftführer wollen das Resultat der Abstimmung feststellen.

Darauf tritt eine Pause ein, während welcher die Schriftführer die Zettel anzählen.

Um 3 Uhr 28 Minuten verkündet Präsident Graf Ballestrem das Resultat der Abstimmung, unterbrochen von Zurufen: „20 Minuten! 20 Minuten!“, mit folgenden Worten: Es sind abgegeben 271 Stimmzettel. Davon lauten auf Ja 71, auf Nein 197, der Stimme enthalten haben sich 3 Abgeordnete. Der Antrag Drömel auf Uebertragung zur Tagesordnung über die Anträge Herold und v. Wangenheim ist somit abgelehnt. — Die namentliche Liste über die Abstimmung wird dem Hause möglichst noch heute abend gleichzeitig mit den Druckfaden zugehen. (Hört! hört! rechts und im Centrum.) Jedenfalls aber wird die urkundliche Liste über die namentliche Abstimmung innerhalb einer Stunde hier auf dem Bureau zur Einsicht für die Mitglieder ausliegen. (Hört! hört! rechts und im Centrum.) — Unruhe links.) Die abgegebenen Stimmzettel werden verriegelt im Reichstags-Bureau aufbewahrt werden. (Heiterkeit und Beifall.)

Es erfolgen darauf die Abstimmungen über die Abänderungsanträge zu § 9. Der Antrag Herold, der die von der Kommission eingefügten zollpflichtigen Sämereien von der Vergünstigung der Einfuhrsüßholze ausnehmen will, wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. Zwei Anträge der Abg. v. Wangenheim (l.), Dr. Köstke (v. d. L.), Dr. Gahn (v. d. L.), wonach die Bestimmungen über Einfuhrsüßholze und Transitsüßholze gewissen Einschränkungen unterworfen werden sollen, werden gegen die Stimmen der Majorität der Konservativen abgelehnt.

Ueber den Eventualantrag Albrecht (Soc.) auf Vermeidung des Wortes „dringendes“ (die Kommission will gemischte Transitsüßholze nur zugelassen wissen, wenn dafür ein dringendes Bedürfnis vorhanden ist) wird namentlich abgestimmt. Diese Abstimmung beginnt um 3 Uhr 37 Minuten. Auch diesmal herrscht große Unruhe auf allen Seiten des Hauses. Wieder ertönen auf der Rechten und im Centrum laute Ausrufungen, weil Schriftführer Dr. Hermann mit der Einsammlung der Zettel etwas später fertig wird als die übrigen Schriftführer. Als der Präsident die Abgeordneten, die noch nicht abgestimmt haben, bittet, auf die Straße zu steigen und die Zettel in die Urne zu legen, begeben sich eine Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter zum Bureau und geben dort ihre Zettel ab. Um 3 Uhr 43 Minuten erklärt der Präsident die Abstimmung für geschlossen.

Um 3 Uhr 49 Minuten wird das Resultat verkündigt. Der Antrag Albrecht wird mit 71 gegen 196 Stimmen abgelehnt.

Die Abstimmung hat 12 Minuten gedauert. Es folgt die Abstimmung über den Prinzipalantrag Albrecht und Genossen auf Streichung der Worte: „sofern dafür ein dringendes Bedürfnis anzuerkennen ist.“ Auch diese Abstimmung erfolgt durch Karten.

(Es wiederholt sich die vorige Scene. Abg. Homburg (l.), der als Schriftführer zuerst mit dem Einsammeln der Zettel auf der Rechten in seine Urne fertig ist, wird, weil er die Zettel meistens nicht persönlich in Empfang nimmt, sondern von den Abgeordneten in die Urne werfen läßt, als er die Urne beim Präsidium abgibt, von der Rechten mit lauten Bravo-Rufen begrüßt. Abg. Homburg verbeugt sich dankend. Der Präsident fordert wieder die Abgeordneten, die ihre Zettel noch nicht abgegeben haben, auf, dies persönlich beim Bureau zu thun. Etwa sechs sozialdemokratische Abgeordnete thun dies.)

Das Ergebnis der Abstimmung ist die Ablehnung des Prinzipalantrags Albrecht mit 197 gegen 67 Stimmen.

Dauer der Abstimmung: elf Minuten.

Zu einfacher Abstimmung wird der Antrag des Abgeordneten von Wangenheim (l.) auf Beseitigung der gemischten Transitsüßholze gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Abgelehnt gegen die Stimmen der Linken wurde der Antrag Drömel, der den zollpflichtigen Sämereien, die der Antrag Herold von der Vergünstigung der Einfuhrsüßholze ausgeschlossen hatte, wenigstens die für Desinfizierende geltenden Zollrückstellungen gewähren will.

Abgelehnt wurden der weitere Antrag des Abg. v. Wangenheim (l.) auf Abänderung des § 9 gegen die Stimmen der Konservativen und der Antrag Gohsain (fr. Bg.) auf eine andre Fassung der Bestimmungen über die Holzabfälle im § 9 gegen die Stimmen der Linken.

Schließlich wird § 9 in der Kommissionsfassung mit der Herold'schen Abänderung gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Abg. Singer (zur Geschäftsordnung): Ich möchte den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam machen, daß bei der Vorname der namentlichen Abstimmungen vielfach nicht geschäftsordnungsmäßig verfahren ist. Unsere Geschäftsordnung schreibt ausdrücklich vor, die Schriftführer haben die Karten von den einzelnen Mitgliedern in Empfang zu nehmen und in die Urne zu werfen. Es haben eine Anzahl Abstimmungen in der Weise stattgefunden, daß die Karten direkt von den Mitgliedern in die Urne gelegt wurden. Das widerspricht der Geschäftsordnung und ich bin überzeugt, daß der Herr Präsident meine Auffassung teilt. Ich möchte mir daher die Bitte gestatten, daß der Herr Präsident die Herren Schriftführer anweist, für die Folge von jedem einzelnen Abgeordneten die Karte selbst in Empfang zu nehmen.

Präsident Graf Ballestrem: Gewiß, nach dem Wortlaut der Geschäftsordnung ist das richtig, und ich bitte die Herren Schriftführer, das zu thun. Wenn jedoch ein Abgeordneter einmal in Gegenwart des Herrn Schriftführer den Zettel selbst in die Urne wirft, so halte ich das nicht für ein Verstoß.

Abg. Veitel (Soc.): Herr Präsident, ich bin nunmehr allerdings geneigt, den Namen des betreffenden Schriftführers zu nennen, und zwar hat der Abg. Homburg bei den mehrfachen Abstimmungen nicht einen einzigen Zettel auf der rechten Seite des Hauses in seine Hand genommen, sondern sämtliche Zettel in die Urne legen lassen, so hätten die Herren ungestört 2 auch 3 Zettel in die Urne legen können. (Lebhafte Oho-Aufe rechts, sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Homburg war gar nicht in der Lage, das zu kontrollieren, weil er oft ganz weit von den Abgeordneten entfernt war, welche die Zettel einwarfen. Ein solches Verfahren muß selbstverständlich das Mißtrauen bei und wachrufen, daß die Abstimmung nicht loyal vor sich geht. Ich

bitte nunmehr dringend den Herrn Präsidenten, den genannten Abgeordneten anzuweisen, daß er künftig hin nach dem Wortlaut der Geschäftsordnung verfährt.

Präsident Graf Ballestrem: Das habe ich bereits gethan.

Abg. Homburg (kons.): Herr Veitel behauptete, ich wäre nicht in der Lage gewesen, zu übersehen, daß jeder Abgeordnete selbst seinen Zettel in die Urne lege. Ich bin dazu stets in der Lage gewesen. (Lebhafte Widerspruch links. Ruf: Das ist nicht wahr! Dieser Ruf entseht einem ungeheuren Tumult auf der Rechten.)

Präsident Graf Ballestrem: Wer hat das gerufen? (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Wie heißen Sie?

Abg. Antrid: Antrid ist mein Name.

Präsident Graf Ballestrem: Ich rufe den Abg. Antrid zur Ordnung! (Lebhafte Beifall rechts, große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Abg. Antrid ruft: Wir lassen uns Rogeleien nicht gefallen. Aufse rechts: Pfu! andauernder Lärm.)

Präs. Graf Ballestrem (sehr erregt, mit erhobener Stimme): Meine Herren, wir sind doch im deutschen Parlament und nicht im ... (Stürmisches Bravo! rechts, im Centrum und bei den Nationaliberalen. Große Unruhe links. Ruf bei den Sozialdemokraten: Sie machen es selbst zur Komödie.)

Abg. Homburg (l.): Ich kann nur zugeben, daß ich eine Anzahl von Karten durch die Abgeordneten selbst habe hineinlegen lassen, weil ich der Ansicht war, daß dies zulässig war.

Präs. Graf Ballestrem: Bei einem neuen Verfahren kommen immer Irrtümer vor.

Abg. Veitel (Soc.): Herr Präsident, wir sind uns sehr wohl bewußt gewesen, welche schwere Anklage wir hiermit gegen ein Mitglied des Hauses erheben. Wir hätten die Anklage nicht erhoben, wenn wir sie nicht für berechtigt hielten. Wir haben hier, nachdem uns der Fall aufstell, mindestens zu sechs das Verfahren kontrolliert und sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß es dem Herrn Abg. Homburg in einer ganzen Reihe von Fällen unmöglich sein mußte, die Kontrolle auszuüben.

Präs. Graf Ballestrem: Ich glaube, daß darüber, ob das möglich ist oder nicht, der Schriftführer selbst der beste Richter ist. (Lebhafte Bravo! und sehr gut! rechts.) Weiter bemerke ich, daß hier niemand angeklagt ist, die Geschäfte des Hauses zu kontrollieren, (mit stark erhobener Stimme:) wie ich! (Stürmisches Beifall rechts, große Unruhe.) Das erkläre ich gegen alle Parteien!

Es wird hierauf in die Beratung des Zolltarif-Gesetzes fortgefahren.

§ 10 bestimmt, daß Zölle auf Antrag gegen Sicherheitsleistung für eine Frist bis zu drei Monaten nach näherer Anordnung des Bundesrats gestundet werden können.

Von der Stundung angenommen sind die Zölle für Getreide, Hülsenfrüchte, Raps, Rübsen, Sämereien und Saaten (von der Kommission neu eingefügt) sowie für die daraus hergestellten Mäslerei- und Mäslerei-Erzeugnisse. Im Fall der Aufnahme dieser Waren in ein Zolllager sind bei der Ueberführung der Waren in den freien Verkehr die zu entrichtenden Zollgebühren für die Dauer der Lagerung mit vier vom Hundert nach den vom Bundesrat zu erlässenden Vorschriften zu verzinsen.

Abg. Herold (C.) beantragt, die Ausnahme für „Sämereien und Saaten“ zu streichen.

Die Abgg. Albrecht (Soc.) und Drömel (fr. Bg.) beantragen, den zweiten Absatz zu streichen.

Die Abgg. Albrecht (Soc.) und Genossen beantragen, die Stundungsfrist von 3 auf 6 Monate zu erhöhen.

Abg. Fißchbeil (fr. Bg.) spricht unter großer Unruhe des Hauses gegen den Absatz 2 des § 10, der die von der Stundung ausgenommenen Zölle für Getreide, Hülsenfrüchte, Raps, Rübsen, Sämereien und Saaten behandelt. Auch die in dem Absatz verlangte Vorziehung der zur Ueberführung in den freien Verkehr aufgenommenen Waren sei für seine Freunde unannehmbar, weil diese Bestimmungen eine große Schädigung des Handels bedeuteten. Die ganze Sache habe keinen erkennbaren Zweck, die Einnahmen lämen doch gar nicht in Betracht für die Reichskassen. Er bitte, den ganzen Absatz zu streichen.

Abg. Hanse (Soc.): Ich bitte Sie, unsere Anträge die Zustimmung zu erteilen. Der § 10 enthält eine ganz ungerechtfertigte Ausnahmedefinition. Die Regierung hat hier dem Geschrei agrarischer Kreise nachgegeben und ist zu einer Schädigung des Handels ohne jeden sachlichen Grund geschritten. Mißbräuche sind nirgends vorgekommen. Der Zins soll hier für eine Zeit bezahlt werden, in der der Zoll noch gar nicht fällig ist. (Sehr richtig! links.) Nur weil die Agrarier glauben, daß der Getreidepreis etwas niedriger sein könnte, wird die neue Maßnahme ergriffen. Unsere Getreidehändler werden gezwungen, ihre Lager jenseits der Grenzen zu verlegen und unsere inländischen Getreidemärkte, namentlich Königsberg, werden sehr geschädigt. Von den Pladereien und Unannehmlichkeiten will ich gar nicht reden, die die Ausführungen der hier in Frage kommenden Bestimmungen für unsere Händler zur Folge haben würden. Die Zinsenberechnung wird eine sehr schwierige sein. Wie dankt sich der Bundesrat die Verrechnung für die verschiedenen Teile des Lagers? Der § 10 stellt sich dar als eine Begünstigung des Großhandels gegenüber dem kleinen Händler, der nicht im stande ist, den Zoll sofort zu bezahlen. Das nennen die Herren dann Mittelhandspolitik. Den Großhändlern wird hier eine Monopolstellung zugewiesen. Dabei können die Agrarier nicht einmal nachweisen, daß sie davon einen Vorteil haben. Weiter wird das Ausland gegenüber dem Inland begünstigt, besonders gegenüber den Städten Königsberg, Memel und Danzig. Wenn Sie dies erwägen, können Sie zu keinem andern Resultat kommen, als unseren Antrag anzunehmen. Darum bitte ich Sie. (Bravo! links.)

Abg. Drömel (fr. Bg.) weist darauf hin, daß der Absatz 2 des § 10 ein Novum in der deutschen Gesetzgebung bilde, und schließt sich den Ausführungen der Vorredner vollinhaltlich an.

Abg. Schwerin-Lösow (l.): Ich halte die Beseitigung der zinsfreien Zollrechte für Getreide, Hülsenfrüchte u. für eine wesentliche Verbesserung des bestehenden Zustandes. Bisher war das ausländische Getreide geradezu vor dem inländischen begünstigt. Meine politischen Freunde behalten sich übrigens vor, falls auch in der dritten Lesung unser Antrag auf Aufhebung der gemischten Transitsüßholze abgelehnt werden sollte, eine Erhöhung des Zinsfußes für die Zollrechte von 4 auf mindestens 5 Proz. zu beantragen.

Abg. Herold (C.) beantwortet seinen Antrag, der lediglich eine Konsequenz des zu § 9 bezüglich der Sämereien und Saaten gefassten Beschlusses darstelle.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen des Abg. Drömel (fr. Bg.) schließt die Diskussion. Der Antrag Albrecht (Soc.), die Dauer der Zollrechte auf 6 Monate zu erhöhen, wird in einfacher Abstimmung abgelehnt. Der Antrag Herold auf Streichung der Worte „Sämereien und Saaten“ wird angenommen.

Der Antrag Albrecht (Soc.) und der damit identische Antrag Drömel (fr. Bg.), durch den sonach alle Ausnahmen von der Gewährung von Zollrechten beseitigt werden sollen, wird in namentlicher Abstimmung mit 183 gegen 61 Stimmen abgelehnt. (Die Präsenzliste betrug somit 244. Diese Abstimmung dauerte 11 Minuten. Auch bei dieser Abstimmung ist Abgeordneter Homburg, der übrigens jetzt jeden Zettel selbst in Empfang nimmt und in die Urne legt, als erster mit der Einsammlung fertig. Er ertönt dafür lebhaftes Bravo-Rufe der Rechten und des Centrums und verbeugt sich dankend.)

§ 10 wird mit der Streichung des Antrages Herold in der Kommissionsfassung angenommen.

Darauf wird ein Vertagungsantrag der Mehrheit angenommen.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Petitionen.)

Schluß 7/2 Uhr.

Lokales.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission veröffentlicht im Inseratenteil unsrer heutigen Nummer eine Erklärung, in der es am Schluß heißt: „Schließlich bedauern wir, daß... der „Vorwärts“ so große Rücksichten auf die lokalen Sonderorganisationen nimmt, dagegen die weitgehendsten Bedenken der Publikation der Gewerkschafts-Kommission gegenüber geltend macht.“

Was dem Ausschuss als „große Rücksicht auf die lokalen Sonderorganisationen“ erscheint, ist nichts andres wie die Bethätigung strengster Neutralität, die wir hinsichtlich des Streites zwischen den beiden gewerkschaftlichen Richtungen stets, so auch bei dem gegenwärtigen Streit um die Gewerbe-gerichtsfrage, beobachtet haben, und auch in Zukunft beobachten werden. Von diesem streng neutralen Standpunkt lassen wir uns auch durch den Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission nicht abbringen.

Mit den „weitgehendsten Bedenken der Publikation der Gewerkschafts-Kommission gegenüber“ hat es folgende Bewandnis: Die Einsendungen der Gewerkschafts-Kommission, soweit sie im Interesse aller Wahlberechtigten lagen, haben wir selbstverständlich sämtlich veröffentlicht. Dagegen haben wir im Einverständnis mit dem Gewerkschaftssekretär Körsten dasjenige weggelassen, was als eine Begünstigung oder Empfehlung der Kandidaten der Gewerkschafts-Kommission angesehen werden könnte, natürlich haben wir diesen Standpunkt, getreu unserm Grundsatz, strengste Neutralität wahren zu lassen, auch gegenüber der im Gewerkschafts-Komitee vertretenen Richtung bethätigt. — Wir waren auch bereit, den Wahlauftrag nebst Kandidatenliste, den der Ausschuss heute im Inseratenteil veröffentlicht, im redaktionellen Teil aufzunehmen, nur einen Satz, der eine Empfehlung dieser Kandidaten enthält, wollten wir streichen, um die Neutralität zu wahren. Genosse Stube, der uns das Manuskript überbrachte, erklärte uns aber, daselbe müsse ohne jede Veränderung angenommen werden, andernfalls sei er beauftragt, den Aufsatz als Inserat aufzugeben.

Das Recht, redaktionelle Änderungen, die uns notwendig erscheinen, an Einsendungen für den redaktionellen Teil vorzunehmen, können wir uns selbstverständlich von niemand nehmen lassen. Wenn der Ausschuss der Gewerkschafts-Kommission uns vorschreiben will, daß wir seine Einsendungen wörtlich und ohne jede Änderung aufnehmen sollen, so greift er damit in die Rechte der Redaktion über. Das aber können wir uns ebenso wenig gefallen lassen, wie es der Ausschuss dulden würde, wenn wir uns herausnehmen wollten, in seine Befugnisse einzugreifen.

Redaktion des „Vorwärts“.

Die ungeschickte Fassung. Das Fachblatt „Der Zeitungsverlag“ berichtet: August Scherl, G. m. b. H., Centralbureau der Anzeigen-Abteilung in Berlin, erläßt folgendes Rundschreiben an Verlagsbuchhandlungen: „Zu Weihnachts bringen wir diesmal etwas ganz Neues und Originelles für die Herren Verlagsbuchhändler. Wir beabsichtigen nämlich, sowohl in unsrer „Woche“ als auch in der illustrierten Zeitung „Der Tag“ im Inseratenteil während der Weihnachts-Season Wiederbesprechungen in Form von redaktionellen Mitteilungen zu bringen, und zwar derart, daß die Herren Buchhändler sich die Zerie für ihre Neuerscheinungen selbst schreiben können, die also nicht, wie bisher, von der Redaktion konfiziert werden. Hierin liegt ein bedeutender Vorteil, denn die Verleger wissen schließlich am besten, was sie über ihre Neuheiten zu sagen haben und sagen wollen. Eine derartige Propaganda in Textform ist sicher die zugkräftigste Reklame, die sich denken läßt, um so mehr, wenn Sie berücksichtigen, daß das Lesepublikum der „Woche“ und des „Tag“ ein durchaus literarisches ist, das alle Neuerscheinungen auf hochentwickeltem Gebiete mit größtem Interesse verfolgt. Das ganze Arrangement macht auf den Unbefangenen durchaus den Eindruck eines von einem Buchkritiker herrührenden redaktionellen Beitrags. Jeder, der die Blätter zur Hand nimmt, wird die Bücherbesprechungen mit Aufmerksamkeit durchlesen. Hierin liegt der Kernpunkt der Sache! Wir berechnen nun für die wirklich wirkungsvolle Reklame nicht, wie es sonst üblich ist, einen erhöhten Preis, sondern Sie bezahlen den von Ihnen gewünschten Raum lediglich zu dem regulären Zeitungspreis von 3,50 M. für die eingespaltene Nonpareillezeile für die „Woche“ und 1 M. für die eingespaltene Nonpareillezeile für den „Tag“, d. h. mit andern Worten, der von Ihnen beanspruchte Raum wird nach Nonpareillezeilen zu der regulären „Inseraten-Spaltenbreite von 45 bezw. 42 Millimeter verrechnet.“ — Der „Zeitungsverlag“ bemerkt dazu: „Das beifolgende Muster bezeugt, daß der Eindruck eines von einem Kritiker herrührenden redaktionellen Beitrags“ bewirkt und erreicht wird.“

Die Firma August Scherl, G. m. b. H. erläßt hierzu folgende Erklärung: Von der Propaganda-Abteilung unsrer Annoncen-Expedition ist ein Circularbrief über einen „Weihnachtsbuchmarkt“ versandt worden, der seiner verantwortlichen Stelle vorgelegen und durch seine ungeschickte Fassung zu Mißverständnissen Anlaß gegeben hat. Wir bemerken hierzu, daß in dem fraglichen Circularbrief ausdrücklich nur von der Aufnahme von Bücheranzeigen der Verlagsbuchhändler im Inseratenteil die Rede war. Um irrtümlichen Auffassungen vorzubeugen, betonen wir nochmals, was an und für sich selbstverständlich ist, daß der Inseratenteil unsrer Blätter für jeden Leser sichtbar von dem redaktionellen Teil getrennt ist, und daß die redaktionellen Buchbesprechungen völlig unabhängig von den Inseraten sind.

Zur Begründung einer Martin Kirchner-Stiftung hat ein Stadtverordneter der nicht genannt sein will, der Stadt Berlin 10000 M. geschenkt.

Unsergewöhnliche Dämmerungserscheinungen machten sich am Donnerstagabend nach Sonnenuntergang am südwestlichen Himmel und weit darüber hinaus bemerkbar. Neben den schwarzen Wolken, die zum Teil den Horizont bedeckten, zeigte sich violettes Licht von ganz intensiver Färbung. Darüber hinaus schossen rötliche Strahlen, die man fast nach allen Seiten hin am Firmament bemerken konnte. Derartige Erscheinungen sind vor kurzem auch in England und Frankreich beobachtet worden und sollen, wie die „National-Rev.“ schreibt, eine Folge der vulkanischen Ausbrüche in West-Indien sein. Die eigentümliche Lichtfärbung rührt von dem Vulkanstaub her, der in ungeheuren Mengen die Luft erfüllt.

Wegen Betrugs und Raubenswindels ist ein Schreiber Leffat aus der Univeritätsstr. 2 verhaftet worden. Der junge Mann ist schon mehrfach vorbestraft und hatte erst kürzlich das Gefängnis wieder verlassen. Sofort nahm er sein früheres Treiben wieder auf, nur betrie er das Geschäft mit andern Artikeln. Diesmal waren es elektrische Nähmaschinen und patentierte Ausguße, mit denen er eine „große Sache“ machen wollte. So versicherte er wenigstens den jungen Leuten, die er sich durch eine Agentur in der Frankfurterstraße zum Vertrieb seiner Artikel verschreiben ließ. Die Hauptsache war ihm, daß seine Agenten Bargbäckerei stellten, weiter hatten sie nichts zu thun. Jeder sollte einen Wochenlohn von 30 M. bekommen, aber alle mußten sich gedulden und warten, bis die Sache

so weit sei. Ein junger Mann, der 100 M. Bürgerschaft geleistet hatte, erhielt davon einmal seinen Lohn von 80 M. Als er acht Tage dahingelassen hatte, ohne einen Finger zu rühren, wurde ihm die Geschichte zu langweilig. Als er aber seine Kautions zurückverlangte, war sie nicht mehr da. So ging es noch vielen andern. Hausgenossen pumpten Löffel unter der Vorspiegelung an, daß er nur noch gerade den verlangten Betrag brauche, um sein Unternehmen in Gang zu bringen. Dabei betraf es sich fälschlich auf einen Grundbesitzer-Verein, der bereits tausend Patent-Anträge bestellte habe.

Eine kostbare Brosche boten vor einigen Tagen zwei Damen einem Juwelier im Westen der Stadt zum Kaufe an. Als der Geschäftsmann nach einem Ausweis fragte, gingen sie einen zu holen. Obwohl sie die Brosche zurückgelassen hatten, kamen sie nicht wieder. Mit dem Juwelier muß es also eine eigne Verwandtin haben, es ist wahrscheinlich gestohlen und geht der Kriminalpolizei übergeben. Es handelt sich um eine 5 Centimeter lange Stangenbrosche mit einem außergewöhnlich großen Saphir, den 19 große Brillanten umgeben. Es ist eine russische Goldschmiedearbeit, die 1000 M. wert ist.

Ein Kaspertageknecht, der stellungslos Kaufmann und Musiker Leo Tyrantowicz, wurde gestern durch die Kriminalpolizei festgenommen unter dem Verdacht, eine große Zahl von Dienstmädchen einräumt, begab sich meist auf den Hintertreppen vornehmer Häuser des Westens in die Küche und bot dort den Dienstmädchen unter der Vorspiegelung, von einem Geiselnahmungs geschäft worden zu sein, wertvolle Waaren zum Kauf an. Er legte dabei hinzu, daß der Betrag zum Besten des Kaufmanns der Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche verwendet werden sollte. Die Mädchen mußten auf das bestellte Buch, das einen Wert von 12 M. haben sollte, eine Anzahlung von 3 M. machen. Hatte ein Mädchen diesen Betrag nicht in seinem Gelde zur Hand, so war Tyrantowicz so gefällig, auch ein größeres Geldstück anzunehmen, um es in der Nachbarschaft zu wechseln. In mehreren Fällen erhielt er ein Zehnmarkstück zum Wechseln und verhandelt hiermit — Geschädigte, welche noch keine Anzeige erstattet, werden ersucht, in den Vormittagsstunden zwischen 9 und 1 Uhr sich auf dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz, Nummer 128, einzufinden.

Ein größlicher Vorgang spielte sich gestern früh 9 Uhr vor der alten Kaserne in der Alexandrinenstraße ab. Auf dem Hofe der angrenzenden gemischten Fabrik von Philipp Mühlmann war man dabei, einen Wagen mit Salzsäure-Ballons zu beladen. Schon hatten zehn Ballons auf dem zweifelhafte Wagen Platz gefunden, als die jungen Pferde plötzlich schrien und zum Thorweg hinaus nach der Straße riefen. Bei der tollen Fahrt gelang es den Tieren auf der Straße nicht, die gewohnte Kurve zu nehmen, vielmehr wurde das Handpferd gegen einen eisernen Laternenpfahl geworfen, der sofort abbrach. Bei dem Anprall explodierten sämtliche Ballons mit donnerähnlichem Ansturm und eine undurchdringliche Rauchwand hüllte minutenlang die Straße und benachbarten Häuser ein. Als sich der Rauch etwas nach oben verzogen hatte, erblickte man das an allen Gliedern zitternde Handpferd sich in der ähnelnden Flüssigkeit, welche die Straße handhoch bedeckte, umherwälzen. Das zweite Pferd, das zwar ebenfalls gestürzt, aber bis dahin wieder emporgesprungen war, wurde mit Mühe ausgepannt und die Feuerwehre herbeigerufen. Diese säuberte zwar die Flüssigkeit fort, konnte aber dem Pferde nicht helfen, da es bei dem Sturz ein Hinterbein gebrochen hatte. Um so ergreifender war folgender Vorfall: Ein vorübergehender junger Mann schoß in der Absicht, die Leiden des Tieres zu lindern, einen geladenen Revolver gegen dessen Stirn ab. Der Erfolg war aber nur, daß das furchtbar leidende Tier in seiner Todesangst aufsprang und auf drei Beinen stehen blieb, bis es vom Abdecker abgeholt wurde.

Straßenperrungen. Der Kupfergraben zwischen der Georgen- und Prinz-Friedrich-Karlstraße ausschließlich des landseitigen Bürgersteiges wird behufs Baues der Aufstiegsbrücke von heute ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt, ebenso die Großbeerenbrücke.

Revierbericht. Freitagmittag entstand durch Gasauströmung in der Köhligstr. 28 ein gefährlicher Zimmerbrand, ohne daß indes eine wirkliche Explosion erfolgte. Auch sonst wurde die Wehr in den letzten 24 Stunden vielfach in Anspruch genommen. Freitag früh gegen 4 Uhr wurde die nach der Schornstr. 3 gerufene. Hier war im ersten Stock des Seitensüßgels auf nicht ermittelte Weise in einer Wohnung ein Brand ausgebrochen, der Möbel, Wäsche, Kleidungsstücke u. ergriffen hatte. Es gelang indes der Wehr, die Flammen bald zu ersticken. Kurz vorher mußte in der Landbergstr. 110 ein Feuer abgelöscht werden, das den Fußboden, die Schaaldecke und die Balkenlage erfaßt hatte. Zur selben Zeit wurde sie nach der Kaiser-Friedrichstr. 5, am Hermannplatz, gerufen. Hier war auf dem Boden ein Feuer ausgebrochen, das an dem Inhalt der Bodenlampen reiche Nahrung gefunden hatte und bei Ankunft der Wehr auch schon auf den Dachstuhl übergesprungen war. Es mußte daher längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. Ein zweiter Dachstuhlbrand beschäftigte die Wehr Donnerstagmittag in der Steglitzerstraße 7. In der Waldemarstraße 14 war in einem Keller auf nicht ermittelte Weise Feuer entstanden, das aber keine größere Ausdehnung erlangte und in der Hauptsache Verpackungsmaterial einäscherte. Weitere Kellerbrände hatte die Wehr in der Nacht zum Freitag in der Fischerstraße 5 und Lindenstraße 63a zu beseitigen. Gerümpel, Strohhäfen standen dort in Flammen. In der Wallner-Theaterstraße 1 war in einem Laden ein Feuer ausgebrochen, das Regale, Stoffe und die Schaaldecke ergriffen hatte, aber in verhältnismäßig kurzer Zeit unterdrückt werden konnte. Freitagabendmittag brannte an der Jerusalemer Kirche ein Müllwagen. Da das brennende Müll in dem verbeden Wagen nicht abgelöscht werden konnte, mußte es auf die Straße geworfen werden, worauf die Ablöschung schnell erfolgte.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Ueber „Meine Irrtümer“ wird uns berichtet: Nachdem die vorjährige Festungsaffäre ausgegangen ist wie das Hornberger Schieschen — von all den angedrohten Klagen ist noch heute keine zum Austrag gekommen — drängen jetzt wieder einige Dinge in die Öffentlichkeit, die den bekannten Ausspruch unsrer Kommunal-Freiwirtschaftler illustrieren, wonach die Besitzenden, die auch gleichzeitig die „Gebildeten“ seien, ein besonderes Interesse an der Entwicklung der Gemeinde haben. Bei drei Firmen hier am Orte, die für die Gemeinde arbeiten, gilt anscheinend der Grundsatz: Verdienet ich an dem, was ich für die Gemeinde leiste, so muß ich noch mehr verdienen an dem, was ich übernommen habe, aber nicht leiste. Hier einige Beispiele:

1. 1800 M. mußte Pfistermeister R. an die Gemeindekasse zahlen, weil er bei der Pflasterung der Augustastraße in Neu-Lichtenberg „irrtümlich“ um soviel niedriger in das Planum eingebracht hatte.

2. 312 M. brachte Pfistermeister R. der Gemeindekasse nach 3 Monaten zurück. Bei Honorierung einer Gesamtrechnung von etwa 400 M. war diese Summe für 45 Quadratmeter Pflaster angewiesen, die in Rechnung gestellt waren, während in Wirklichkeit nur 450 Quadratmeter gepflastert waren.

3. In ungefähr 600 M. fand die Pflasterkasse wert, die der Gemeinde gehörig, von der Baufirma S. widerrechtlich in die Fundamente des Turnhallenbaues in der Dorfstraße „verschoben“ worden sind.

Die Firma wird diesen Betrag und den für Minderleistungen an Cement und Kies, an dessen Stelle die Steine lagern, sowie die Kosten der technischen Bauaufsicht während der Dauer der Bauausführung an die Gemeindekasse zahlen. Gegen den Geschäftsinhaber der Firma ist Strafangelegenheit eröffnet.

Nichtselbstwenniger werden diese Herren Unternehmer an ihrer Reputation wenig einbüßen. Geht's, dann geht's, wenn nicht — so, kann man sich doch jeder einmal!

Charlottenburg. In der Stadivereinbarung Verhandlung eifrig sich eine mehrjährige Debatte über die

Gebälter der städtischen Oberlehrer, die nach der Neuordnung der Gebälter der an staatlichen Anstalten wirkenden Oberlehrer seit dem 1. April d. J. geringer sind als diese. Nach dem Magistrat vorgeschlagenen Sätzen, die eine überflüssige und gleichmäßige Steigerung enthalten, sollen sie auch in Zukunft wie bisher den an den staatlichen Anstalten, für die ja Durchschnittsverhältnisse großer und kleiner Städte in Betracht kommen, etwas voraus sein. Die hierzu notwendigen 14 805 M. wollte die Mehrheitspartei, sogen. Fraktion Ströbeler, nur bewilligen, wenn der nächste Etat hierzu die nötigen Mittel aufweise, vorläufig sollte nur eine Erhöhung bis zur Gleichstellung mit den staatlichen Oberlehrern erfolgen. Es würde dadurch eine Ersparnis von etwa 2000 M. eintreten. Genosse Dr. Vorhardi erblickte in dem Antrage, wegen dieser 2000 M. bis zur Einbringung des Etats zu warten, den Versuch, den bisher festgehaltenen Grundsatz bei der Bezahlung unserer Oberlehrer von hinten herum zu beseitigen, wozu wir unsere Hand nicht bieten können. In der Debatte betonten der Bürgermeister Matting und der Stadtdirektor Vula, daß die Volksschullehrer auf keinen Fall auf eine weitere Erhöhung ihrer Gebälter rechnen könnten; etwaige dahingehende Anträge würden energisch zurückgewiesen werden. Demgegenüber hob Genosse Vorhardi hervor, daß wir die Gebälter der Volksschullehrer keineswegs für ausreichend halten und jeden Versuch zu ihrer Erhöhung jedenfalls unterstützen würden.

In namentlicher Abstimmung wurden die Vorschläge des Magistrats mit 26 gegen 25 Stimmen angenommen, zum großen Aerger des Herrn Ströbeler, der an eine unumschränkte Herrschaft in der Versammlung gewöhnt ist. Über der kleiner Fraktion angehörige Stadtdirektor Hubatsch stimmte mit den anderen Parteien und gab dadurch den Ausschlag für dies.

Des weiteren wurde das vom Bezirksausschuß in Sachen der Wahl unseres Genossen Müller ergangene Erkenntnis mitgeteilt. Der Referent Stadtdirektor Vula empfahl der Versammlung, sich dabei zu beruhigen; zwar meinte er, das Ober-Verwaltungsgericht würde die Wahl wohl für ungültig erklären, aber Müller würde jedenfalls in günstiger Weise wiedergewählt werden. Seiner eigentümlichen Rechtsauffassung traten Genosse Vorhardi und Dr. v. Liszt entgegen. Da das Urteil des Bezirksausschusses einseitig zur Kenntnis genommen wurde, wird Genosse Müller in der nächsten Sitzung jedenfalls eingeführt werden; der durch die Willkür der Mehrheit lange verweilte Bezirk wird also endlich seine gesetzliche Vertretung erhalten.

Zu erwähnen ist ferner, daß der bisherige Pächter der Anschlagssäulen seinen Vertrag auf eine andere Person zu übertragen wünscht; der Magistrat beantragte, diesem Wunsch zu entsprechen. Genosse Vorhardi hielt die Gelegenheit für geeignet, den noch bis zum Jahre 1911 laufenden Vertrag aufzuheben und das Anschlagssäulen in städtische Regie zu übernehmen. Die Mehrheit erklärte sich jedoch für den Antrag des Magistrats.

Angenommen wurde ferner noch ein Antrag Rosenbergs, durch welchen der Magistrat ersucht wurde, den Staatsanwalt schon in der ersten Hälfte des Jahres vorzulegen. Bürgermeister Matting hielt das zwar für unmöglich; im Interesse einer gründlichen Beratung — dieselbe muß am 31. März beendet sein — ist es aber dringend geboten.

In Wilmersdorf hatte die Gemeindevertretung am Donnerstag einmal eine in ihrer Art lebhafteste Sitzung. Es handelte sich um eine Angelegenheit, bei der die Interessengruppen bürgerlicher Art sich recht eigentümlich zuspielen. Die Gemeinde hat auf Grund eines in geheimer Sitzung gefassten Beschlusses ein 26 Morgen großes unbebautes Grundstück bei einer Substation am 21. Oktober d. J. zum Preise von 1331 000 M. erworben, das macht etwa 300 M. pro Quadratmeter aus. Das in der Nähe des Bahnhofes Schmargendorf an der Rannheimers-, Ringbahn- und Reddenburgischen Straße belegene Terrain ist verhältnismäßig preiswert erstanden und soll zur Errichtung verschiedener kommunaler Bauten dienen. In der ersten Sitzung, die sich mit diesem Projekt beschäftigte, glaubte die Vertretung dem Gemeindevorsteher Vollmacht geben zu können, bis zu 1 600 000 M. zu bieten. In dieser Sitzung erklärte der Gemeindevorsteher Otto Weber u. a., daß ihm als Nachbar des in Betracht kommenden Grundstückes ein Wegerecht auf diesem Terrain zustehe und daß ferner das Wegerecht an einem Teil desselben fruchtig sei. Doch wolle er alle Rechte der Gemeinde abtreten, wenn diese ihm vier Morgen des Terrains zum Einkaufspreise ablasse. Ursprünglich hätte er die Absicht gehabt, das Grundstück für sich zu erwerben, doch werde er jetzt von seinem Plan absehen. In einer acht Tage später abgehaltenen ebenfalls geheimen Sitzung wurde die Kaufsumme der Gemeindevertretung durch ein vom Gemeindevorsteher Eichmann abgegebenes Gutachten wesentlich herabgedrückt. Herr Eichmann, der Direktor verschiedener Terraingesellschaften ist, teilte mit, daß der Reuen Bodengesellschaft, der er vorsteht, das Grundstück schon Mitte September zum Preise von 325 M. für die Quadratrute angeboten worden sei, er schätze den Wert jedoch nur auf 250 M. ein. Herr Eichmann ließ die Frage, ob seine Gesellschaft auf dem Terrain mitbieten wolle, offen. Aus dem Umstand nun, daß zwar nicht Herr Eichmann selber, wohl aber ein Mitdirektor seiner Gesellschaft ebenfalls ein Substitutionslernen bot und zwar weit höher als nach der Ansicht des Herrn Eichmann angängig sein sollte, machte Herr Weber diesem Herrn Vorwürfe. An dem Tage, als der Substitutionstermin stattfand, hatte Herr Weber Herrn Eichmann folgendes Schreiben zugehen lassen:

„Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen in letzter Stunde zurufe: „Nebenbieten Sie die Gemeinde in dem heutigen Versteigerungstermin des Holzsehn Grundstückes nicht!“ Wäre ich Ihr Freund, so könnte ich Ihnen keinen besseren Rat geben. Auch ich habe, da ich Gemeindevorsteher bin, mich verpflichtet gehalten von dem Mitbieten, sowohl direkt, wie indirekt, abzusehen. Sie werden mich für nachlässig genug halten, zu erkennen, daß mir, wenn ich meine persönlichen Interessen bedenke, eine potente und richtige Erwerbsgesellschaft als Nachbar viel lieber ist, als ein unbeweglicher oder schwerbeweglicher Gemeindefiskus, besonders da ich den Zugang zur Ringbahnstraße am Bahnhof Schmargendorf durch mein Grundstück beherliche, andererseits durch das Wegerecht nach meinem Grundstück Berliner Straße ein wichtiges Wort mitzusprechen habe. Ich kann doch gegen eine Erwerbsgesellschaft, die mich braucht, und meine Zustimmung haben muß, viel unabhängiger in meinen Forderungen sein, als gegen die Gemeinde, zu deren Vertretung ich gehöre. Ich hielt mich verpflichtet, Ihnen diese Zeilen, sowohl in Ihrem wie der Gemeinde Interesse, zu senden.“

Bemerkte sei, daß die Gemeindevertretung nicht gewillt ist, von dem erworbenen Terrain Herrn Weber die geforderten vier Morgen abzulassen und Herr Weber daraufhin erklärt hat, daß er sein anscheinend nicht ganz einwandfreies Recht auf dem Wege der Klage erkämpfen wolle. In der Sitzung vom Donnerstag gab der Gemeindevorsteher nun eine Darstellung der Angelegenheit, in der er Herrn Eichmann gegen den von Herrn Weber erhobenen Vorwurf in Schutz nahm, daß der Direktor der Reuen Bodengesellschaft durch das Mitbieten seines Vertreters im Substitutionstermin die Gemeinde geschädigt habe. Im Gegenteil sei nach Lage der Umstände durch dessen geschicktes Eingreifen, das im Einverständnis mit den Delegierten der Gemeinde erfolgt sei, dieser der Erwerb des Grundstückes wesentlich erleichtert worden. Ein anderer Redner fand allerdings einen Widerspruch darin, daß die Terraingesellschaft in Substitutionstermin ein weit höheres Gebot abgab, als sich nach den früheren Erklärungen ihres Direktors rechtfertigen ließ. Als die ausgedehnte Erörterung der Angelegenheit zu Ende war, mochte manchem immerhin manches unklar geblieben sein. Eine mit Händen greifbare Wirkung des Beschlusses hat vorläufig nur Herr Weber zu spüren bekommen. Der Gemeindevorsteher hat sich nämlich die Gartenhäute verbessern lassen und dadurch bewiesen, daß die Gemeinde auf ihrem neuen Weis das von Herrn Weber beanspruchte Wegerecht nicht anerkennen will.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 15. November 1902.

Teilweise neblig, sonst meist heiter und trocken, nachts leichter Frost, am Tage mild bei schwachen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 16. November, vorm. 8^{1/2} Uhr, in der Aula der G. Gemeinde, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Predigt. — Um 10^{1/2} Uhr vorm. ebenfalls: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Warum gesteht sich die Sonntagssünde?“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Sonntag, den 17. November, abends 8^{1/2} Uhr, im unteren Saale des Englischen Gartens, Alexanderstr. 27a: Beschäftigte Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Selbige Zutritt legitimiert.

Arbeiter-Samaritaner-Lösung (gegründet 1898). Montag, den 17. November, abends 9 Uhr, in der Central-Druckerei 45 (Dresdener Garten), Vortrag über Krankenpflege, Berentungen, Verlaufsungen. Nach dem Vortrage praktische Übungen. Neue Teilnehmer willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metakalbeiter. (E. v. Str. 29, Hamburg.) Mitglieder-Versammlung haben am Sonntag, den 15. d. Mts., abends 9 Uhr: Filiale Berlin 3 bei O. Bergener, Reichenbergerstr. 157. Filiale Berlin 4 bei G. Morlowitz, Andrasstraße 26. Filiale Berlin 8 am Sonntag, den 16. d. Mts., vormittags 9^{1/2} Uhr, bei Schim, Radstr. 19, oberer Saal.

Zu der Samaritanischen Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Berderichs Ober-Realschule hält am Sonntagvormittag 10^{1/2} Uhr Herr Dr. Rudolf Benzig einen Vortrag über: „Spitzenbrennmal“. Damen und Herren haben freien Zutritt.

Vermischtes.

— **Sieben Vergleute getötet.** Der „Westfälischen Volkszeitung“ zufolge starb in der letzten Nacht in der Zeche „Centrum“ ein Anhangsförderer mit sieben Vergleuten in einen Schacht hinunter. Sämtliche Vergleute sind tot.

— **Großes Eisenbahnunglück in Belgien.** In der Nähe von Namur stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Hundert mit Passagieren vollbesetzte Wagen wurden zerrüttet. Die Katastrophe ereignete sich, als die beiden Züge den Bahnhof verließen. Die Ursache des Zusammenstoßes war falsche Weichenstellung. Der Passagierzug bemächtigte sich eine falsche Rampe, ein großer Teil stieß über die Felder, während andre sich über die Weichenwinden bemächtigten. Im ganzen gab es 20 Verwundete, darunter zwei schwer. Die Verletzten wurden nach Namur gebracht; der größere Teil begab sich nach den betreffenden Wohnungen, eine geringere Anzahl liegt im Hospital.

Abermals ist, wie aus Rom gemeldet wird, in Frankreich das lenkbare Luftschiff erfunden worden. Ein Herr Paul Pierre Bédard gehöriges Luftschiff machte Donnerstag einen Aufstieg; es gelang ihm, über dem an der Seine gelegenen Gelände Bewegungen nach allen Richtungen, auch gegen den Wind, mit 40 Kilometer Geschwindigkeit auszuführen. Auch hier wird man wohl erst abwarten müssen.

Vulkanausbrüche. Nach Privatmeldungen erfolgten in letzter Zeit wiederholt Ausbrüche des Vulkans Stromboli, unter Geleite schwebend er Aschenregen aus; einige Häuser wurden beschädigt. Die Bevölkerung ist in Säreden verlegt, zumal auch häufige Erderschütterungen erfolgen. Nach Meldungen aus Syra (Samoa) befindet sich der Vulkan auf der Insel Savali in Thätigkeit. Es haben sich fünf oder sechs Krater gebildet, welche Rauch und Flammen ausstoßen. In einem Dorf liegt die Höhe zwei Zoll hoch. Der von Mittelamerika in San Francisco, wie gemeldet, eingetroffene Dampfer „Newport“ berichtet über die Lage in Guatemala nach, der Präsident von Guatemala habe die stärksten Maßregeln getroffen, damit keine Einzelheiten über die Ausdehnung des durch die vulkanischen Ausbrüche angerichteten Schadens an die Außenwelt gelangen; an allen Kabelmeldungen werde strenge Censur geübt.

Ueber einen außerordentlich reichen Heringsfang berichten englische Wäiter aus Harmouth. Die Menge der Heringe war ungeheuer. Die Fischefahrzeuge waren an dem ganzen drei Meilen langen Kai entlang vollgepackt und Hunderttausende von Fischen wurden in jeder Minute gelandet. Es wurde berechnet, daß der gesamte Fang 4000 Kisten oder ungefähr 53 000 000 Fische von dem annähernden Wert von 35 000 Pf. Sterl. betrug. Das ist beinahe das Doppelte des besten bisherigen Fanges.

Schiffsbruch. Wellington, 14. November. Das britische Kriegsschiff „Penguin“ fand ein Floß von dem Dampfer „Elingonite“ auf, der in der Nähe der Dreifüßigen Inseln am 9. November gesunken war. Auf dem Floß befanden sich 8 Personen, sowie 8 Leichen; 139 Mann von der Besatzung des Dampfers waren schon früher gerettet worden. 30 Mann werden noch vermisst.

Briefkasten der Redaktion.

M. S. 1867. Armen Wäiterinnen gemäß der Bericht zur Verbesserung und Unterhaltung armer Wäiterinnen 10 Tage lang Suppen. Vorhanden ist Frau Prediger Hofstad, Antiksenstr. 56. Meldungen sind durch die Hebamme an eine der 60 Bezirkswärter zu richten. Der Frauenverein D. Berlin unterstützt arme Wäiterinnen im Osten durch Lebensmittel, Kleidung und Wäsche. Vorhanden Frau Wäiterin Hildebrandt, Polsterstr. 19. Aus der Schließenden Sitzung (Meldungen) an die Armenverwaltung werden Wäiterinnen, die mindestens ein Jahr in Berlin wohnen, mit Geld und Kindermädchen unterstützt. Die Abteilung Hauspflege der Berliner Frauenvereins, im der Sauerstr. 13, sendet Pflegerinnen in die Häuslichkeit armer Wäiterinnen.

Orts-Frankenliste f. d. Goldschmiede-Gewerbe zu Berlin.

Sonnabend, d. 22. November cr., abends 8 Uhr, im

Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45:

Ordentliche General-Versammlung sämtlicher Vertreter der Arbeitgeber u. Arbeitnehmer.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. In letztemer Sitzung: Wahl von vier Mitgliedern zum Vorstand seitens der Arbeitgeber. 3. Wahl von 2 Arbeitnehmern zum Vorstand. 4. In gemeinschaftlicher Versammlung: Wahl von 3 Arbeitnehmern u. Arbeitgebern zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1902. 5. Kassen-Angelegenheiten.

Einladungskarten legitimieren.

Der Vorstand: E. Davidsauer, Vorsitzender. H. Hertz, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Buchhändler und verwandter Gewerbe.

Am Donnerstag, den 27. November, abds. 8^{1/2} Uhr, im Gemeindefestsaal, Engel-Str. 15, Saal 1:

Ordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Ergänzungswahl für den Vorstand (2 Arbeitgeber, 4 Arbeitnehmern). 2. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung. 3. Beratung über die Aufhebung der Krankenliste sowie resp. Anstellung eines zweiten Kontrolleurs. 4. Antrag auf Änderung der Geschäftsregeln der Kasse. 5. Beschlußenes. 6. Verlesung der Protokolle. 7. Das Urtheilen aller Delegierten ist dringend notwendig. Mitglieder haben Zutritt. 27/71

Der Vorstand: Bernh. Jost, Vorsitzender. Georg Bäcker, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse für die Gewerbe der Messerschmiede, Schwertfeger u. Verfertiger chr. Instrumente.

Am Sonnabend, den 22. November, abends 8^{1/2} Uhr, Rosenfelderstraße 57 (früher Schiller):

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wahl von 3 Vorstandswahlmitgliedern (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmern). 2. Wahl eines Kassierers. 3. Wahl von 3 Ausschussmitgliedern zur Abnahme der Jahresrechnung. 4. Nachmalige Beschlußfassung über die Statutenänderung und Beitrags-erhöhung. 5. Vergleichenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bitten **Der Vorstand.** Die Herren Arbeitgeber sind hierzu freumblich eingeladen. 27/72

Orts-Krankenkasse der Uhrmacher Berlins.

Montag, den 24. November cr., abends 8^{1/2} Uhr, im Schulthei, Reue Inalofstr. 21/23:

General-Versammlung der Vertreter der Kassenmitglieder.

Tages-Ordnung: 1. Wahl des Vorstandes. 2. Wahl von drei Mitglieder zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. 3. Vergleichenes. 27/71

Der Vorstand. G. Rätzsch, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Stellmacher.

Sonntag, d. 23. November 1902, vorm. 9^{1/2} Uhr, bei Herrn Rümann, Baumgartenstr. 188:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Remahl von 3 Vorstandswahlmitgliedern: 1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmern. 2. Wahl von 3 Arbeitnehmern für das Jahr 1902. 3. Beschlußenes Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand. 3555 J. A. F. Jozewski, Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. - Fernsprecher Amt VII. 353.

Sonntag, den 16. Nov., vorm. 10 Uhr, im Lokale „Brauerei Friedrichshain“:

Allgemeine Versammlung

der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Was lernen wir aus dem letzten Streik? Referent: Carl Wiesenthal. 2. Diskussion.
Das Erscheinen aller Kollegen erwartet (185/159)
Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 30.
Fernspr.: Amt VII Nr. 1950.

Branchen-Versammlungen.

Geschirre-Branche. Montag, den 17. November 1902, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Hofstraße 3.

Achtung! Treibriemen-Branche. Achtung!

Montag, den 17. November 1902, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.

Taschen- und Koffer-Branche. Dienstag, den 18. November 1902, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Militär-Branche. Heute Sonnabend, 15. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Finolenleger und Teppichnäher. Montag, 17. November 1902, abends 8 1/2 Uhr, bei Ladewig, Kommandantenstraße 65.

Achtung! Wagen-Branche. Achtung!
Die Versammlung findet des Ruhetages wegen am Dienstag, den 18. November 1902, abends 8 1/2 Uhr, bei Gittler, Luisenstraße 26, statt.

Eisenmöbel-Branche. Montag, 16. November 1902, abends 8 1/2 Uhr, bei Ladewig, Kommandantenstraße 65.

Sektion Charlottenburg. Dienstag, 18. November, abends 8 1/2 Uhr, bei E. Dörre, Charlottenburg, Wallstr. 60.

Die Tages-Ordnungen werden durch Handzettel bekannt gegeben.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
150/1 Die Ortsverwaltung.

Zur Beachtung!

Sie machen die Mitglieder nochmals darauf aufmerksam, daß die Legitimationen zur Gewerbegerichtsanhörung, im Bureau des Verbandes, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Nummer 30, zu haben sind. Jedes wahlberechtigte Mitglied muß sich vor der Wahl eine solche Legitimation beschaffen, dieselbe ausfüllen und dem Arbeitgeber oder dem Polizeirevier des Wohnbezirks zur Beglaubigung unterbreiten.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII. 353.
Sonntag, den 16. November, vormittags 10 Uhr, bei Wetzel, Drangelsstr. 136: 165/17

Morgensprache der Schraubendreher.

Zahlreiches Besich erwartet Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bergolder. Achtung!

Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. (Filiale Berlin.)

Montag, den 17. November, abends präzis 8 Uhr, in den „Arminenhallen“, Kommandantenstr. 20 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen mit der Fabrikantenvereinigung und Stellungnahme dazu. 2. Anträge zur Generalversammlung 1903. 3. Verschiedenes.
227/1
Kollegen! Wegen der hochwichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 17. November, abds. 8 1/2 Uhr, Andreassstr. 26:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Basner über: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Sonder-Vorstellung in der Urania findet am 27. Dezember, nachmittags 4 Uhr, statt.
Die Kollegen, welche bei den morgen stattfindenden Gewerbegerichts-wahlen wahlberechtigt sind, werden ersucht, ihrer Pflicht nachzukommen.
147/11 Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonabend, den 15. November 1902, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

Waldstr. 15.

Vortrag des Herrn Dr. Warm über: Die Pflege des Auges im Beruf und in der Familie. Betriebsangelegenheiten.
Aufnahme neuer Mitglieder.

Sonntag, den 16. November, nachmittags 2 Uhr (Öffnung 1 Uhr):
Sondervorstellung in der Urania, Taubenstrasse; Tausende Jahre deutscher Kultur. Billets sind noch in der Versammlung zu haben.
199/13 Der Vorstand.

Verband der Maschinenisten u. Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 16. November, nachmittags 5 Uhr, bei Rob. Voigt, Altkirchstr. 75 (großer Saal):

Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag: „Die Reinigung der Bad-Heiz-Anlagen und Kläranlagen nach dem Verfahren der Firma Busch u. Schlegel-Berlin“. - Verschiedenes. - Aufnahme neuer Mitglieder.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
*60/5 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein

i. d. 3. Berl. Reichstags-Wahlkreise.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Buchbinder

Hugo Neumann

nach langen Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus auf dem Luisen-Kirchhof, Hermannstraße, statt. 25/2

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern hiermit zur

Nachricht, daß unser langjähriges

Mitglied, der Buchbinder

Hugo Neumann

nach langen Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen

Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr,

vom Krankenhaus am Urban aus

auf dem Luisen-Kirchhof, Hermann-

straße, statt. 25/2

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten

zur Nachricht, daß meine liebe Frau

Theater.

Berliner Theater. Der Kreuzwegkürmer. Volksschauspiel in einem Vorspiel und drei Aufzügen von Josef Bertmann. Ein Volksspiel von einem Dichter aus dem Volke. Josef Bertmann, der Verfasser des „Kreuzwegkürmer“, ist Schüler seines Feldmarschalls. Hervorgegangen aus dem arbeitenden Volke, gehört es ihm, wie man erzählt, auch in seinen Überzeugungen an. Er ist Dichter, ein Verwandter der jungen Redeliste, die in dem „Meisterpielen“ der vorigen Saison als Greichen hier mit Beifall überschattet wurde, der hoffnungsvollsten unter den neuen Kräften des Wiener Burgtheaters. In Wien, wo es vor einiger Zeit zum erstenmale gegeben wurde, hat Bertmanns Drama einen großen Erfolg gehabt. Auch die Aufnahme im Berliner Theater war ganz ungewöhnlich warm. Der Applaus nahm kein Ende. Aber leider: die Ursache entsprach nicht der Wirkung. Der Autor mag eine starke, originale Individualität sein, indes das Werk läßt es nicht spüren. Es ist ein „Volksspiel“, das sich in den alten Rahmen dieses Genres bewegt. Die Handlung flieht ins Breite, Epifodenhafte auseinander, die Figuren sind nur flüchtig im allgemeinen Umrisse skizziert, doch desto wirkreicher in ihrer Rede, und für die Spannung, der die geschlossenen aufsteigende Entwicklung fehlt, soll allerhand äußeres melodramatisches Beiwerk sorgen. Das Verhältnis zwischen dem alten Bauer, der aus seinem Hof vertrieben, mit Gott und Welt zerfallen die Heiligenbilder in der

Kreuzweg-Kapelle heimlich zerstört und seinem Sohne, der, um den Vater nicht zu verraten, die Schuld auf sich nimmt — das also, was psychologisch entwickelt, wirklich interessanter wäre, ist nur mit einigen bogen Strichen angedeutet. Dafür wird, was leicht mit einigen Worten im Stücke zu erzählen wäre, die Versteigerung des Bauernhofes zu einem ganzen langen Vorspiel ausgesponnen. Mehr Jahre liegen zwischen Vorspiel und dem eigentlichen Drama. Wie der Vorgang wieder auflebt, erzählt eine Magd der hartherzigen bigotten Bauern, die zur Ehre Gottes die Kapelle dicht neben dem gesäuberten Hof hat bauen lassen, daß der Hans, des armen Kogelhofers unehelicher Sohn, eben aus dem Gefängnis, wo er die Strafe abgeleistet, entlassen sei. Der junge Durich, den jeder Gläubige im Dörfchen wie einen Pestkranken schreit, schleicht elend und gedrückt heran. Der gutmütige Bauer, der ihn aufgezogen, weist ihm die Thür. Bedeutungsvoll gewittert es, als Vater und Sohn sich begegnen. Hans fällt dem alten armen Armenhändler, der ihn, den Bastard, immer gehäht hat, weinend um den Hals. Da schlägt ein Blitz in die Scheune des Bauern. Schadenfroh jubelt der Alte, Hans aber stirzt edelmütig fort, um Hilfe zu rufen. Im nächsten Akt ist's Sonntag. Die Bauern singen und tanzen in der Scheune, in der des Kogelhofers Tochter als Melierin bedient. Der Alte, von einem prächtigen Schneidermeister herangeschleppt, trinkt abseits an einem Tisch sein Gläschen Schnaps. Hans kommt mit seinem

Schuh, der guten Josef, der einzigen, die an seine Unschuld glaubt, hinzu. Die Bauern höhnen ihn, der Diet verweigert ihm den Platz. Und nun in der Erregung und Empörung schneidert der Alte sein Verleumdung der trunkenen Gesellschaft ins Gesicht. Er sei der Täter und bereue es nicht, der Herrgott habe keine Freude an solchen Festsitzen. Hinter dem die harte Selbstsucht sich versteckt. Diese Szenen haben Leben, sie sind das Beste in dem verhältnismäßig Stücke. Man denkt, sie wüßten aus der Schluß sein. Aber Hans und Josef sind vorsorglich vor dem Verleumdung schon entfernt. So wissen sie also nichts, und noch ein dritter Akt ist möglich, voll Liebe und Opfern. Dabei wird die Josef, die für den Liebsten bittet, von dem reichen Bauern, der den Hans erzogen, als sein uneheliches Kind entdeckt. Es soll den beiden gut ergehen! Hans will auch jetzt noch als der einzige Schuldige gelten. Der Kogelhofer aber, hoch von dem Kapellenberge herab, wiederholt vor dem verammelten Volke sein Verleumdung, mit wütender Fäustelung reißt er Kreuze aus der Erde und stürzt sich den Abhang hinunter. Da man so wenig von den inneren Sein des Alten im Stück erfahren, wirkt auch diese Szene nur als Theaterbild, als solches freilich ungewöhnlich stark. Herr Gounard in der Rolle des Alten erntete stürmischen Applaus. Auch im übrigen bot die Aufführung viel Tüchtiges. Harry Walden als Hans, Wehrlich als reicher Bauer und auch Jenny Rauch als Josef erfreuten durch manchen feinen Zug. — dt.

Achtung, Gewerkschaften!

In der Nr. 208 des „Vorwärts“ veröffentlicht das Gewerkschaftsamt (Zentralorganisation) einen Beschluß der Partei-Vertrauensleute über die Aufstellung der Gewerbegerichtsbeisitzer-Kandidaten. Zu diesem Beschluß erklären wir folgendes: Wir können nicht anerkennen, daß die Partei-Vertrauensleute in gewerkschaftlichen Fragen — und eine solche ist die Gewerbegerichtsbeisitzer-Wahl — sich als entscheidende Instanz betrachten. So wenig wie die Gewerkschaften sich in die Angelegenheiten der Partei-Vertrauensleute einmischen, ebenso wenig können wir uns von denselben irgend welche Beschlüsse aufzuzwingen lassen.

Wir werden dieses um so weniger thun, als es sich hier um eine kleine Gruppe von Personen handelt, die den Beschlüssen der Majorität der organisierten Arbeiterklasse zum Hohne ihre Sonderbestrebungen gegen die Erregungenschaften der gewerkschaftlichen Zentralverbände treibt. Jedes Zusammengehen mit dieser Sonderorganisation hieße dieselben in ihren gewerkschaftlichen Zweckzwecken unterstützen.

In dem großen Kampf um Erreichung besserer wirtschaftlicher Existenzbedingungen für die Arbeiterklasse, können wir Sonderorganisationen nicht anerkennen, wir erkennen die Sonderorganisation um so weniger an, als im wirtschaftlichen Kampf ein Zusammenwirken aller Kräfte absolute Notwendigkeit ist. — Es kann den centralorganisierten Arbeitern aber auch nicht zugemutet werden, mit Leuten fern in Ann zu gehen, die bei jeder Gelegenheit in ihrem Organ erklären, daß sie die Bekämpfung der „Verbändler“ (Centralorganisationen) als ihre vornehmste Aufgabe betrachten.

Schließlich bedauern wir, daß die Vertrauensleute der Partei sich veranlaßt sahen, für notorische Schädiger der Arbeiterbewegung einzutreten, und daß der „Vorwärts“ so große Rücksichten auf die lokalen Sonderorganisationen nimmt, dagegen die weitgehenden Bedenken der Publikation der Gewerkschafts-Kommission gegenüber geltend macht.

Für die in der Berliner Gewerkschafts-Kommission vertretenen Gewerkschaften

Der Ausschuh der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

An die Arbeiterschaft Berlins! Gewerbegerichts-Wahl.

Mit dem Ablauf dieses Jahres scheidet auf Grund des vom Magistrat beschlossenen Verteilungsplanes das zweite Drittel der Gewerbegerichts-Beisitzer aus. Die Ergänzungswahl findet statt

am Sonntag, den 16. November, von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends.

Zu wählen sind 70 Beisitzer in 16 Wahlbezirken.

Wahlberechtigung.

Zur Teilnahme an der Wahl ist berechtigt, wer das 25. Lebensjahr vollendet und in Berlin Wohnung oder Beschäftigung hat.

Darunter ist zu verstehen, daß jeder Arbeiter, wenn er auch nur einen Tag im Orte wohnt oder beschäftigt ist, wahlberechtigt ist. Personen, welche nicht in Berlin wohnen, aber ihre Beschäftigung hier haben, wählen im Bezirk ihrer Beschäftigung, dagegen die in Berlin wohnenden Personen in ihrem Wohnbezirk. Eine Ausnahme für die letzteren zwischen Wohn- und Beschäftigungsbezirk ist unzulässig. Personen, welche auswärts arbeiten und in Berlin wohnen, üben ebenfalls im Wohnbezirk ihr Wahlrecht aus.

Gewerkschaftsmitglieder sind wahlberechtigt und wählen als Arbeiter, sofern sie nicht selbst mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigt sind und nicht gemäß § 14 der Gewerbe-Ordnung den selbständigen Gewerbebetrieb angemeindet haben.

Nicht wahlberechtigt sind solche Personen,

a) welche nicht Angehörige des Deutschen Reichs sind,

- b) welche die bürgerlichen Ehrenrechte infolge strafrechtlicher Beurteilung verloren haben, oder gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann,
c) welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, und
d) die Mitglieder der Parteien, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit des § 215 Nr. 4 und der §§ 91-91h der Gemeinde-Ordnung errichtet ist, sowie die von denselben beschäftigten Arbeiter.

Wahllegitimation.

Für die Arbeiter werden keine Wahlzettel zum Zwecke der Wahlen ausgelegt, es genügt vielmehr für dieselben ein Zeugnis ihres Arbeitgeber oder des Ortsvorstehers (Vorsitzender des Wahlbezirks), durch welches ihm bestätigt wird, daß er zur Zeit innerhalb seines Wahlbezirks in Arbeit steht oder wohnt.

Diese Zeugnisse oder Wahllegitimationen werden vom Magistrat herausgegeben und sind bei den Gewerkschaften sowie im Bureau der Berliner Gewerkschafts-Kommission, Engel-Platz 15, 2. Eingang, 9-1, 6-8, und im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, Zimmer 57, während der Dienststunden von 9-3 zu haben.

Die Formulare enthalten vier Fragen. Diese sind von der Arbeit stehenden Personen sämtlich, von Arbeitlosen nur Frage 1 und 2, auszufüllen und abzugeben dem Arbeitgeber oder der Polizei zur Unterschrift oder zum Stempeln vorzulegen. Die Behörden sind angewiesen, die dem Wunsch nachzukommen. Jedoch empfiehlt es sich, im letzteren Falle einen Ausweis mitzunehmen.

Um wenn in Bezirken, in welchen der Arbeitgeber seinen Bezirk hat, nicht gewählt wird, kann die Wahllegitimation doch vom Arbeitgeber

unterzeichnet resp. gestempelt sein, daselbe trifft auch auf die in Bezirken gelegenen Bezirke zu.

Am Tage der Wahl ist die Wahllegitimation vor der Abgabe des Stimmzettels dem Wahlvorsteher oder einer von ihm beauftragten Person zu übergeben.

Die Wahl.

Die Wahl ist unmittelbar und geheim und erfolgt mittels Stimmzettel. Auf dem Stimmzettel dürfen nicht mehr Namen enthalten sein, als im Bezirk zu wählen sind.

Die Agitation.

Es empfiehlt sich für alle Vertrauensleute der Gewerkschaften, in ihren Bezirken sich zu versetzen, wiewohl Wahlberechtigten dort arbeiten, alsdann für diese die nötige Anzahl Wahllegitimationen zu beschaffen, die Ausfüllung zu überwachen und die Abkündigung zu veranlassen. Desgleichen ist es notwendig, vor der Wahl die Wahlberechtigten an ihre Pflicht zu erinnern.

Gleichzeitig wird ersucht, den vor und in den Wahllokale befindlichen Ordnern Folge zu leisten, damit die Wahl ruhig und der Arbeiter würdig verläuft, alsdann genau auf die von der Berliner Gewerkschafts-Kommission aufgestellten Kandidaten, welche unten angegeben sind, zu achten.

Jeder seine Pflicht, damit die von unserer Seite aufgestellten Gewerkschaften gewählt werden.

In den weiter unten angegebenen Wahlkontroll-Lokalen sind Wahllegitimationen usw. zu haben, auch sind event. Beschwerden daselbst zu protokollieren zu geben.

Das Central-Lokal ist das Bureau der Berliner Gewerkschafts-Kommission. Telefon: Amt VII 3733.

Wahl-Lokale und Kandidaten:

2. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle des Friedrich-Verderfschen Gymnasiums, Dorothienstr. 13/11. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Wolf Schulz, Schneider, Alte Jakobstr. 147. Fritz Knosp, Schneider, Schottlandstr. 19. Bruno Dabert, Lithograph, Urbanstr. 101. Friedrich Hellmann, Gastwirtschaftliche, Gneisenaustr. 100.

5. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 99. Gemeindefschule, Steinmetzstr. 79. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Max Behrend, Metallarbeiter, Boesenstr. 36. Gustav Meises, Former, Helenenballe 21. Alwin Meyer, Stenograph, Colosseustr. 51. Robert Lindemann, Silberarbeiter, Boesenstr. 43.

8. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 60. Gemeindefschule, Jährlingerstr. 33. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Gustav Mehlwald, Arbeiter, Köpenickerstr. 41. Gustav Müller, Handels-Gilfsarbeiter, Vorstr. 5. Andreas Haberland, Schmied, Aufhäuserstr. 19. Hermann Deuning, Gärtler, Bantzenstr. 102.

11. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 12. Gemeindefschule, Rannysstr. 63. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Reinhold Behold, Schlosser, Engel-Platz 15. Rudolf Alms, (Arbeiter, Adalbertstr. 4. Max Zehm, Uebersetzer, Berkestr. 59. Gustav Wulker, Bildhauer, Altdorf, Altdorfstr. 46.

14. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 85. Gemeindefschule, Wrangelstr. 55. Zu wählen sind 5 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Hermann Jada, Holzarbeiter, Cappelstr. 41. Robert Hörens, Arbeiter, Wilmannsstr. 22. Robert Feiste, Galvanisiergehilfe, Bantzenstr. 102. Karl Mele, Lithograph, Stallstr. 52. Ernst Karpenick, Holzleger, Bismarckstr. 31.

17. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 17. Gemeindefschule, Stallschreiberstr. 54. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Wilhelm Fischer, Handels-Gilfsarbeiter, Langstr. 50. August Edelfeld, Kleiderarbeiter, Engel-Platz 15. Hermann Zehm, Schneider, Bantzenstr. 102. Otto Lemm, Lederer, Bantzenstr. 102.

20. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 19. Gemeindefschule, Blumenstr. 63a. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: August Bogel, Butler, Weidenweg 32. Carl Schmidt, Mechaniker, Köpenickerstr. 8. Otto Alms, Silberarbeiter, Langensstr. 4. Karl Kranig, Schneider, Köpenickerstr. 9.

23. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 30. Gemeindefschule, Niedereborstr. 15. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Robert Schulz, Buchdrucker, Hilfsarbeiter, Strahlgasse 13. Reinhold Langner, Schneider, Bantzenstr. 5. Paul Greier, Bildhauer, Köpenickerstr. 1. Bernhard Herzer, Legierarbeiter, Georgenkirchstr. 51.

26. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 101. Gemeindefschule, Olivabr. 19. Zu wählen sind 5 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Bruno Ulrich, Schuhmacher, Niedereborstr. 15. Richard Schröder, Hammerer, Wilmannsstr. 22. Oswald Schumann, Handels-Gilfsarbeiter, Cappelstr. 5. August Werner, Handels-Gilfsarbeiter, Wallner-Theaterstr. 30. Reinhold Richter, Bauarbeiter, Thierstr. 63.

29. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 8. 63. Gemeindefschule, Gipsstr. 23a. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Otto Klemm, Tabakarbeiter, Bachauerstr. 78. Gustav Kranz, Schuhmacher, Bantzenstr. 78. Wilhelm Band, Arbeiter, Köpenickerstr. 10. Wilhelm Paschmann, Metallarbeiter, Köpenickerstr. 17/18.

32. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 25. Gemeindefschule, Ruppinerstr. 18. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Paul Keller, Maler, Arbeiter, Niedereborstr. 3. Julius Tändler, Kapphalter, Dunderstr. 70. Christian Wenzel, Handels-Gilfsarbeiter, Randebr. 10. Paul Weislich, Glasbläser, Holzmarktstr. 37a.

35. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 117/118. Gemeindefschule, Eberowalderstr. 10. Zu wählen sind 5 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Hermann Budach, Bäcker, Kollonnen-Platz 90. Wilhelm Brillwein, Säulen-Arbeiter, Wilmannsstr. 46. Karl Borrich, Steinbauer, Cappelstr. 15. Paul Zruut, Bademeister, Wrangelstr. 50. Carl Strank, Maurer, Kollonnenstr. 10.

38. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 211/250. Gemeindefschule, Wattstr. 16. Zu wählen sind 5 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Gustav Brachwin, Dreher, Gerichstr. 3. Carl Sadner, Kupfer-Schmied, Gerichstr. 22. Max Wöfel, Putzmeister, Reinholdenstr. 18. Wilhelm Witt, Hammerer, Schillerstr. 51. Max Jemke, Maler, Arbeiter, Wilmannsstr. 47a.

41. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 26/179. Gemeindefschule, Albrechtstr. 20. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Paul Wüster, Maurer, Turmstr. 9. Georg Wignat, Konditor, Gartenstr. 78. Karl Heuschold, Bäcker, Heinsbergerstr. 17. Karl Zehn, Jobler, Altdorf, 93.

44. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 172/185. Gemeindefschule, Bremerstr. 13-17. Zu wählen sind 5 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Richard Jahn, Vorgehuldarbeiter, Bremerstr. 48. Gustav Diecker, Klempner, Cappelstr. 77. Oskar Weide, Arbeiter, Gartenstr. 42. Reinhold Tschametz, Schneider, Wilmannsstr. 58. Franz Trotsche, Stenograph, Köpenickerstr. 25.

47. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 65/77. Gemeindefschule, Schulstr. 99-100, Eingang Reinholdenborferstr. 30. Zu wählen sind 5 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Heinrich Schumacher, Buchbinder, Reinholdenborf, Herkstr. 21. Karl Liebe, Stenograph, Bantzenstr. 102. Gustav Zehm, Schneider, Bantzenstr. 102. Julius Ceschlager, Bau-Arbeiter, Michaelstr. 27. Emil Brestle, Arbeiter, Altdorf, Bantzenstr. 102.

20. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 19. Gemeindefschule, Blumenstr. 63a. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: August Bogel, Butler, Weidenweg 32. Carl Schmidt, Mechaniker, Köpenickerstr. 8. Otto Alms, Silberarbeiter, Langensstr. 4. Karl Kranig, Schneider, Köpenickerstr. 9.

23. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 30. Gemeindefschule, Niedereborstr. 15. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Robert Schulz, Buchdrucker, Hilfsarbeiter, Strahlgasse 13. Reinhold Langner, Schneider, Bantzenstr. 5. Paul Greier, Bildhauer, Köpenickerstr. 1. Bernhard Herzer, Legierarbeiter, Georgenkirchstr. 51.

26. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 101. Gemeindefschule, Olivabr. 19. Zu wählen sind 5 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Bruno Ulrich, Schuhmacher, Niedereborstr. 15. Richard Schröder, Hammerer, Wilmannsstr. 22. Oswald Schumann, Handels-Gilfsarbeiter, Cappelstr. 5. August Werner, Handels-Gilfsarbeiter, Wallner-Theaterstr. 30. Reinhold Richter, Bauarbeiter, Thierstr. 63.

29. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 8. 63. Gemeindefschule, Gipsstr. 23a. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Otto Klemm, Tabakarbeiter, Bachauerstr. 78. Gustav Kranz, Schuhmacher, Bantzenstr. 78. Wilhelm Band, Arbeiter, Köpenickerstr. 10. Wilhelm Paschmann, Metallarbeiter, Köpenickerstr. 17/18.

32. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 25. Gemeindefschule, Ruppinerstr. 18. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Paul Keller, Maler, Arbeiter, Niedereborstr. 3. Julius Tändler, Kapphalter, Dunderstr. 70. Christian Wenzel, Handels-Gilfsarbeiter, Randebr. 10. Paul Weislich, Glasbläser, Holzmarktstr. 37a.

35. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 117/118. Gemeindefschule, Eberowalderstr. 10. Zu wählen sind 5 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Hermann Budach, Bäcker, Kollonnen-Platz 90. Wilhelm Brillwein, Säulen-Arbeiter, Wilmannsstr. 46. Karl Borrich, Steinbauer, Cappelstr. 15. Paul Zruut, Bademeister, Wrangelstr. 50. Carl Strank, Maurer, Kollonnenstr. 10.

38. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 211/250. Gemeindefschule, Wattstr. 16. Zu wählen sind 5 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Gustav Brachwin, Dreher, Gerichstr. 3. Carl Sadner, Kupfer-Schmied, Gerichstr. 22. Max Wöfel, Putzmeister, Reinholdenstr. 18. Wilhelm Witt, Hammerer, Schillerstr. 51. Max Jemke, Maler, Arbeiter, Wilmannsstr. 47a.

41. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 26/179. Gemeindefschule, Albrechtstr. 20. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Paul Wüster, Maurer, Turmstr. 9. Georg Wignat, Konditor, Gartenstr. 78. Karl Heuschold, Bäcker, Heinsbergerstr. 17. Karl Zehn, Jobler, Altdorf, 93.

44. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 172/185. Gemeindefschule, Bremerstr. 13-17. Zu wählen sind 5 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Richard Jahn, Vorgehuldarbeiter, Bremerstr. 48. Gustav Diecker, Klempner, Cappelstr. 77. Oskar Weide, Arbeiter, Gartenstr. 42. Reinhold Tschametz, Schneider, Wilmannsstr. 58. Franz Trotsche, Stenograph, Köpenickerstr. 25.

47. Wahlbezirk. Wahl-Lokal: Turnhalle der 65/77. Gemeindefschule, Schulstr. 99-100, Eingang Reinholdenborferstr. 30. Zu wählen sind 5 Beisitzer. Als Kandidaten empfehlen wir: Heinrich Schumacher, Buchbinder, Reinholdenborf, Herkstr. 21. Karl Liebe, Stenograph, Bantzenstr. 102. Gustav Zehm, Schneider, Bantzenstr. 102. Julius Ceschlager, Bau-Arbeiter, Michaelstr. 27. Emil Brestle, Arbeiter, Altdorf, Bantzenstr. 102.

Die Wahl-Kontrolllokale befinden sich:

- 2. Wahlbezirk: Glawe, Krausenstr. 18.
5. : Kückert, Steinmetzstr. 36.
8. : Schulz, Postenstr. 1.
11. : Grundmann, Rannysstr. 78.
14. : Gonsch, Feldenstr. 5.
17. : Labowitz, Bantzenstr. 102.

- 20. Wahlbezirk: Schulze, Bismarckstr. 38.
23. : N. Neumann, Niedereborferstr. 11.
26. : Parz, Olivabr. 19.
29. : Gansel, Bantzenstr. 57.
32. : Kolln, Ruppinerstr. 18.
35. : Kolln, Ruppinerstr. 12.

- 38. Wahlbezirk: Diefel, Herkstr. 128.
41. : Gitter, Vallenstr. 26.
44. : Wundlach, Bantzenstr. 21.
47. : Pfaff, Reinholdenborferstr. 60a.

Elegante Costümrocke

in ganz Wolle; in neuen Façons;
in allen modernen Stoffen, sämtliche Weiten u.
Längen stets in grosser Auswahl vorrätig
3,50 Mk., 6 Mk., 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk.

Jaketcostüme

Hochelegante Façons 15 Mk., 20 Mk.,
Sacco- u. Blusen-Costüme
12 Mk., 15 Mk., 18 Mk., 25 Mk., 30 Mk.,
Golfpaletots, Golf-Saccos 12 Mk., 15 Mk.,
Golf-Capes 5 Mk., 10 Mk., 15 Mk.
Winter-Paletots,
Jakets und Saccos 10 Mk., 15 Mk.
bis zu den elegantesten, apartesten Modellen.
Schwarze, glatte u. bestickte Capes
für ältere Damen 15 Mk., 20 Mk.
Plüsch-Capes, Plüsch-Paletots, Plüsch-Jakets
20 Mk., 30 Mk., 40 Mk.
Velour- u. wattierte Abend-Mäntel
10 Mk., 12 Mk., 15 Mk.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstr.
Backfisch-Saccos 10 Mk.

Das Richtigsehen

ist für jeden Menschen von grösster Bedeutung, umso-
mehr aber für denjenigen, dessen Augen durch an-
geknagtes Sehen oder unpassende Gläser geschwächt
sind. Jeder Brillenbedürftige, ob weit-, kurz- oder
überhörsichtig, sollte deshalb beim Kauf eines Augenglasses
darauf achten, dass ihm dieses auch genau passt. Das
altbekannteste Institut für Präzisions-Optik von

Carl Buttendorff, in Firma Ernst Riek,

Berlin N., Weinbergsweg 15 b,
(6. Laden vom Rosenthaler Thor) 66732

bietet jedem Käufer Gewähr für richtiges Anpassen aller Augengläser.
Stahl-Brillen und Placenz mit besten von M. 1,00—3,50
Nickel M. 1,50—4,00
Doublet M. 3,50—13,00
Gold M. 8,00—40,00

Zu Weihnachts-Geschenken empfehle ich als Specialität: Theater- u.
Reise-Periscope mit nur scharfen u. achromatischen Gläsern v. M. 4,50—60,00.
Bitte genau auf Firma und Haus-Nr. 15 b achten.

Achtung!

Alle Freunde und Bekannte mache ich ergebenst aufmerksam,
dass ich in Berlin, Große Frankfurterstr. 88, einen
4/10 Schultheiss-Ausschank
eröffnet habe und bitte ergebenst um gütigen Zuspruch. 66172*

Seitenszimmer frei!
Zeitung liegt aus!
Paul Rietz.

Malz-Kaffee

rein im Geschmack, feinst Aroma, gesundes, billiges und
nährhaftes Genussmittel, offeriert an Private in 3 Sorten
a 16, 18 u. 20 Pfg. per Pfund, sackfrei ab Bamberg, gegen
Nachnahme des Betrages. — Unter 25 Pfund-Packung wird
nicht abgegeben. — Muster stehen zu Diensten. (3885L)*

L. RÜBSAM, Malzfabrik, Bamberg, Bayern.

bewährteste
Nahrung
für
**Hufeke's Kinder-
mehl** gesunde u.
magen-
darmkranke
Kinder.

Die schönsten Herren-

Paletots, Anzüge, Joppen in neu-
er, sowie speziell 63722*

Monatsgarderobe

von Kavallieren zurückgelagerte
Sachen, fast neu, für jede Figur
passend, sind in grösster Auswahl
stets zu hässend billigen Preisen
zu haben.

**J. Wand, Prinzenstrasse 17,
an der Wasserthorstrasse.**
Bitte auf Hausnummer zu achten!

Alles ab Platz.

Wer Kohlen braucht, kauft
bei **Josef Fischer, Kohlen-
Grosshandlung, Hauptgeschäft:
Brombergstr. 19. Zweig-
geschäft: Witte Komturen-
strasse. 63612***

100 St. Semstend. Briquet nur 0,55
100 „ „ „ „ „ „ „ 0,65
1 Ctr. oberster Stein 1,10 u. 1,20
1 „ „ „ „ „ „ „ 0,70
40 Handb., borgen pro Stk. 0,10

Dr. Schönemann,
Specialarzt für Haut-, Gicht- und
Bräunleiden, Seydelstr. 9.
V. 12—13, 7, 8—11, 8, 11.

Für 2—3 Mark
elegante Herren-Hüte empfiehlt
C. Lorenz, Suttmacher,
Reichenbergerstr. 14a, parterre. 6325*

Preßkohl

Busch per Centner 70 Pfg.
Pflanzl. 5.

Benötigen Sie Rasier-, Taschen-, Brot-, Schlacht-, Tischmesser u. Gabeln,
Scheeren, Haushaltungs-Artikel, Waffen, Wangen, Lederwaren,
Albums, Bürsten, Pfeifen, Cigarren- und Cigarettenspitzen, so wenden
Sie sich direkt an die Stahlwarenfabrik

Gebr. Wolfertz, Wald bei Solingen No. 33.

Katalog mit circa 2000 Ab-
bildungen erhalten Sie gratis
und franco.

Gleichz. vers. obige
Firma, um jeder-
mann Gelegenheit
zu geben, sich von
Ihrer Güte und Billig-
keit ihrer Waren zu
überzeugen, ein Silberstahl-Rasiermesser No. 30, wie Zeichnung, mit 5jähr. Garantie, fein hölz. geschliffen, mit Etuis,
fertig zum Gebrauch für 30 Tage zur Probe, zum Preise von 1,50 Mk. franco. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen
oberer Frist ein- oder das Messer retour zu senden. Also kein Risiko. Mehr wie ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt

Paul Singer & Co.
BERLIN SW. 68, Lindenstrasse 69

empfehlen ihre mit den besten und modernsten Maschinen ausgestattete

Buchdruckerei und Buchbinderei

den politischen u. gewerkschaftlichen Organisationen,
den Kranken- und Unterstützungs-Kassen,
den Konsumvereinen, Genossenschaften,
den Gesangsvereinen, Turnvereinen, Vergnügungs-
Vereinen u. s. w. u. s. w.

zur

Anfertigung von Druckarbeiten aller Art:

Auftrags-, Flugblätter, Handzettel, Jahresberichte, Mitgliederkarten, Ein-
trittskarten, Festprogramme, Statuten, Abrechnungen, Formulare jeder Art.
Geschmackvolle Ausführung — pünktliche Lieferung — angemessene Preise.

Kaufmännische und gewerbliche Druckaufträge:

Zirkulare, Geschäftskarten, Kataloge, Memoranda, Preiskourants,
Rechnungen u. s. w.

werden gleichfalls in sauberster Ausführung zu kulantesten Preisen in jeder Aus-
stattung geliefert. Besonders empfehlen wir uns zur

Herstellung von Massen-Auflagen!

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

en gros Schneidermeister en détail

Dresdenerstr. 4 | Hauptstrasse 143
am Kottbuser Thor. | Schöneberg.

Herbst- u. Winter-Paletots

in Collins, Cheviot und Strimmer von 16,50—42 Mk.

Gehrock-Anzüge von Mark 27 an	Jünglings-Anzüge von Mark 12 an
Rock-Anzüge 23	Knaben-Anzüge 3
Jackett-Anzüge 15	Winter-Joppen 5
Beinkleider 5	Knaben-Joppen, einzelne Hosen.
Schlafröcke 8,50	Berufshleidung f. jed. Gewerbe.

Bestellungen nach Maß von in- und ausländischen Stoffen
werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig angefertigt.

Streng reelle Bedienung.



Anker-Brikets

zeichnen sich durch höchsten
Heizwert und niedrigen Preis
aus.

In allen besseren Kohlenhandlungen käuflich.

Briketts

billig, billig.
Herrmanns Kohlenlager,
O. Bülowstr. 12.
Wegen Aufgabe meines Soliplatzes
offeriere ich den besten Preis
Abnahme von 3000, 5000, 10000 Stk.
frei Keller 7^o 7,50 7,25 7,—
frei Boden 50 Pfg. pro 1000 Stk. mehr,
ab Lagerplatz entsprechend billiger.
Brand-Briketts a Ctr. 60 Pfg. ab Fabrik.
Sämtliche anderen Brennmaterialien
ebenfalls billig. 63722*



Dieser schwarze steife Hut mit
Futter kostet 3 Mark.

Dieser weiche Herrenhut kostet
mit Satinfutter 3,75 Mark,
mit Altsattinfutter 3 Mark.

Oscar Arnold

Grösstes Specialgeschäft
Engros. für Hüte, Mützen u. Pelzwaren Export.
nur Dresdenerstr. 116 (Kein Laden).
Einzelverkauf zu erstaunlich billigen Preisen und
aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose **Herkules** tragen.
Allein-Verkauf. Sehr starke Ware in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knapp-
nähte. Haltbarste Blat- u. Taschen.
Größe wählen umsonst. Die Hose
bei Annahme von **4 Mk. 50**
6 Stück 28 Mk.

Schöneblau Monteur-Jacke 1 R. 90
Schöneblau Monteur-Jacke . . . 1 R. 60
Schöneblau Monteur-Jacke . . . 2 R. 50
Schöneblau Monteur-Jacke . . . 2 R. 10
Schöneblau Monteur-Jacke . . . 2 R. 10
Manchester-Jacke 3,50, 5,25, 4,25, 3 R. 50
Schöneblau Monteur-Jacke 14,— 9,—
Weiße Reiter-Jacke 3,50, 2 R. 75
Schöneblau-Jacke, Preis 4,25, 3 R.—
Reiter-Jacke 3,—, 2,50, 2 R.—
Rechercher-Jacke (braun) 3,—, 2 R. 40
Weiße Lederhose, Preis 7,50, 3 R. 75
Weiße Lederhose 4,50, 2 R. 75
Brownschwarz, fest u. schön, 3,—, 1 R. 75
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Grafstr. 24a/25, Princesstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 20. Preisliste 1902 wird kosten-
los und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Bundweite und die Länge, bei
Jacken und Mänteln die Brustweite
anzugeben. 63322*
— Versand von 20 R. an franco. —

Nachdruck verboten!

Arbeiter-Notiz- Kalender 1903

Mit Illustrationen:
Berliner Gewerkschaftshaus und
in der Nachwahl gewählte
sozialdemokratische Abgeordnete.
Geb. 60 Pfg., Porto 10 Pfg.

Inhalts-Auszug:
Rechtswahl-Ergebnisse mit Nach-
wahl. — Sozialdemokrat. Abge-
ordnete in den Reichstagen. — Wink-
für die Reichstagswahlen. — Was
muss der Arbeiter von der Gewerkschaft
wissen? — Was von der Gewerk-
schaft? — Ortsübliche Tagelöhne.
Gewerkschaftliche Arbeit:
Deutsche Gewerkschaften 1890—1901.
Arbeiten der Gewerkschafts-Organ-
isationen, Gewerkschafts-Organ-
isations-Verfahren. — Die Leistungen
der deutschen Gewerkschaften. — Vom
Schicksal der Arbeit. — Die
Mittelglieder der freien Gewerks-
schaften. — Ein Buch aus dem
Gewerkschaftsrecht.

Wie der Inhalt zeigt ist der
Kalender für
Gewerkschaften und Partei
ein praktisches und unentbehrliches
Nachschlagebuch.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Lederer & Kreinberg

Streich-Instrumenten-Fabrik
Markenkirchen No. 443
offertirilligst direkt ab Fabrik

Konzert-Zieh-Harmonikas

garantiert grösste Tonfülle, solideste Arbeit.

10 Tast. Zieh., 2 Reg., 50 St., 4 Mk. 5,—	21 Tast., 108 St. Mk. 11,—, 21,—
10 " 3 " 3 " 70 " 4 " 7,50	27 " etc. — Schule u. Kiste
10 " 4 " 4 " 80 " 4 " 9,50	gratis, andre Harmoniken
10 " 6 " 6 " 150 " 4 " 15,—	schon v. Mk. 1,50 p. St. an

Violinen mit Bogen u. Kasten u. Reservebezug etc.
komplett No. 85 87 88 89 90 91 92 93 94 95
zu Mark 9,— 11,— 14,— 16,— 20,— 25,— 30,— 42,— 50,—
Hand-Harmonikas solidester Qualität
No. 2705 2710 2712 2714 2715 2718 2719 2720 2725
p. Stück zu —,30 —,50 —,85 1,— 1,— 1,20 1,30 2,— 2,50 3,50 Mk.

